Doppelnummer

P. b. b. / [Erschei]nungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

ZWEITE AUFLAGE !

[Prol]etarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nr. 161 Juli 1976 Einzelpreis S 7.-

MIT DEM MARXISMUS-LENINISMUS UNVEREINBAR!

Analyse und Kritik des PROGRAMMS des KOMMUNISTISCHEN BUNDES

VORWIEGEND BEHANDELTE THEMEN :

Anforderungen an ein Programm, Staat, proletarische Revolution, Diktatur des Proletariats, demokratische und sozialistische Bewegung, Bundesgenossen des Proletariats (Bauernfrage), nationale Minderheiten, ausländische Arbeiter, Rolle der nationalen Befreiungsbewegungen und der Dritten Welt, nationale Unabhängigkeit u.a.

Anläßlich ihres für den August 1976 festgelegten Zusammenschlusses zu einer "gesamtnationalen Organisation" haben die in mehreren österreichischen Hochschulzentren existierenden "Kommunistischen Bünde" (KBs) und "Kommunistischen Gruppen" (KGs) den Entwurf eines Programms vorgelegt, das den Anspruch erhebt, ein marxistisch-leninistisches Programm für Österreich zu sein, auf dessen Grundlage später einmal die Vereinigung "aller wirklichen Marxisten-Leninisten" unseres Landes in einer gemeinsamen Partei erfolgen könnte. Nach Fertigstellung des Programmentwurfes durch eine bundinterne "Programmkommission" und mit seiner Veröffentlichung im theoretischen Organ des KB Wien ("Kommunist", April 1976) erfolgte schließlich auch eine "Aufforderung" an die MLPÖ, zum Text Stellung zu nehmen. Tatsächlich ist das unbedingt erforderlich und so kommen wir dieser Aufforderung nach gründlichem Studium des Programmentwurfes und nach seiner Diskussion in einem geeigneten Kollektiv gerne nach. *

ABSCHREIBE-ÜBUNG STATT ANWENDUNG DES EIGENEN KOPFES

Noch bevor der einigermaßen politisch informierte Leser des Programmentwurfes einen Eindruck von dessen eigentlichem Inhalt bekommt, springt ihm etwas anderes in die Augen: Gleich beim ersten Satz und immer stärker bei den folgenden Formulierungen des Textes wird er das bestimmte Gefühl nicht los, das Ganze doch schon irgendwo, fast in der gleichen Art, mit den selben Sätzen und Formulierungen, stilistischen Verzierungen und rhetorischen Eigenarten, gelesen zu haben! Das Rätsel ist rasch gelöst:

Von den rund 14 Seiten des Programmentwurfes sind etwa 12 unverkennbar von dem schon vor mehreren Jahren beschlossenen "Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands" abgeschrieben, wobei ganze Abschnitte wortwörtlich übernommen sind und bei anderen kaum mehr getan wurde, als die Bezeichnung "westdeutsch" durch "österreichisch" zu ersetzen oder ein paar nichtige kosmetische Änderungen vorzunehmen.

Die Forderungen, die am Ende des "österreichischen" Programmentwurfes stehen, sind sogar zu mehr als 90 Prozent unverändert vom KB Westdeutschlands abkopiert und das angeschlossene Statut ist praktisch zur Gänze wortgetreue Abschreibe-Übung.

Es ergibt sich damit die Frage, was denn eigentlich die "Programmkommission" des Bundes getan hat, die den Mut besitzt, eine solche Kopie als ihr eigenes Produkt vorzulegen, und wozu sie überhaupt notwendig war. Die kleinen und kleinlichen Veränderungen, die sie an der westdeutschen Vorlage machte, die Ersetzung von ein paar Wörtchen durch ein paar andere mit ähnlichem Inhalt, die Umstellung einzelner Sätzchen und Passagen - alles das hätte auch eine einzelne redaktionelle Hilfskraft des Bundes an einem freien Abend leisten können.

In welcher unverzeihlich beiläufigen, unernsten und verantwortungslosen Art hier an eine so ernste und verantwortungsvolle Aufgabe wie der Erarbeitung eines politischen Programms herangegangen wurde, zeigt sich auch daran, daß die "Verfasser" des Programmentwurfes, wohl um die eigene Gedankenlosigkeit und Untätigkeit etwas zu kaschieren, den westdeutschen Originaltext dort und da etwas freier nacherzählt haben und dabei fast regelmäßig - hereingefallen sind. Selbst das für eine marxistisch-leninistische Organisation völlig unbrauchbare Programm des KB Westdeutschlands wurde so noch weiter verschlechtert, "verschlimmbessert".

Zum Beispiel lautet der erste Satz des westdeutschen KBW-Programms: "Die proletarische Weltrevolution ist aus einer wissenschaftlichen Voraussage zur Realität geworden." Die österreichischen Nacherzähler übernahmen diesen Anfangssatz, ersetzten aber die

---

* Dabei wurden alle zwischen April und 16. Juli 1976 vorgenommenen Änderungen des Programmentwurfs berücksichtigt, nicht aber eventuell noch danach durchgeführte Änderungen. Letztere dürften aber - nach dem Umfang und dem Charakter der in den vorhergehenden drei Monaten vorgenommenen Änderungen zu schließen - kaum wesentlich sein. (Anmerkung der Redaktion der RF).

Worte "proletarische Weltrevolution" durch das Wort "Kommunismus". Aus einer nicht übermäßig klaren Aussage wurde dadurch direkter Unsinn, da der Kommunismus heute bekanntlich noch in keinem einzigen Land der Welt Realität geworden ist. Auch wenn man annimmt, daß unter "Kommunismus" die kommunistische Bewegung gemeint sein könnte, bliebe der Satz falsch, denn diese Bewegung wieder war niemals bloße wissenschaftliche Voraussage, sondern existiert schon länger als die wissenschaftliche kommunistische Theorie. In der Diskussion des Entwurfs scheint jemand auf diesen Stumpfsinn aufmerksam gemacht zu haben, also wurde die Verschlimmbesserung zurückgenommen und der Originaltext der westdeutschen Vorlage wiederhergestellt.

Ähnliches geschah an einigen Stellen, an denen die österreichischen Kopierer den Begriff "Proletariat" durch die Worte "Arbeiter" oder "Arbeiterklasse" ersetzt und die westdeutsche Vorlage solcherart "weiterentwickelt" hatten : in der jüngsten Version des Programms (16. Juli 1976) ist nun auch hier der westdeutsche Originaltext wiederhergestellt.

Es gibt eine Reihe derartiger Abänderungen des ersten Programmentwurfes, die dem uninformierten Leser als Ergebnis und Bestätigung einer echten Diskussion erscheinen könnten, in Wirklichkeit aber nur Wiederherstellungen des genauen Wortlauts der westdeutschen, zunächst ein wenig umgeänderten , Vorlage sind. Das geht oft bis in kleinste Details: So fordert der westdeutsche KBW die "Übergabe" des Volksbildungswesens in die Hände "demokratischer Organe der Selbstverwaltung". Die österreichischen Abschreiber machten daraus zunächst die Forderung nach "Verwaltung" des Volksbildungswesens durch solche Organe. Jetzt aber, nach dreimonatiger "Diskussion", ist die Änderung wieder retourgeändert und der originale Text der KBW-Vorlage wieder Wort für Wort hergestellt.

Bei dem Verlangen nach "obligatorischer Einbürgerung" aller im Lande lebenden Ausländer setzt das westdeutsche KBW-Programm eine Frist von 3 Monaten, die nötigenfalls auf 6 Monate erweitert werden dürfe. Die österreichischen Abschreiber hatten das zunächst auf die Forderung nach obligatorischer Einbürgerung innerhalb von 6 Monaten vereinfacht - jetzt, im Ergebnis einer dreimonatigen Diskussion, scheint im Programm aber wieder der originale, wortgetreue westdeutsche Text der Forderung auf.

Interessanterweise gibt es sogar Stellen, an denen die österreichischen "Programmverfasser" die westdeutsche Vorlage zuerst in positivem Sinn abgeändert hatten und sogar auch diese Änderung nun wieder zurückgenommen wurde. So erwähnt das westdeutsche KBW-Programm bei den Lehren aus den durch den revisionistischen Verrat verursachten Rückschlägen lediglich die Proletarische Kulturrevolution Chinas, während unsere hiesigen Subabonnenten, die schon an einer früheren Stelle einmal "Kuba" durch "Albanien" ersetzt hatten, es für angebracht fanden, auch hinzuzufügen, daß die Partei der Arbeit Albaniens die Schlußfolgerungen aus dem Auftreten des modernen Revisionismus gezogen und in die Tat umgesetzt hat. Ausgezeichnet! Doch leider wurde auch dieser Zusatz wieder weggestrichen und scheint in der Programmversion vom Juli 1976 nicht mehr auf.

Man könnte diese Beispiele noch bedeutend vermehren, doch sie zeigen schon, welch merkwürdigen Werdegang das Grundsatzdokument des "Kommunistischen Bundes Österreichs" hat: es wurde von allem Anfang an nicht selbständig, gemäß den eigenen Bedingungen und Erfordernissen erarbeitet, sondern reichlich gedankenlos vom großen westdeutschen Bruder übernommen; es gewann dann auch in einer mehrmonatigen bundinternen "Diskussion" keine konkreten, spezifisch österreichischen Züge, sondern wurde in ihrem Verlauf der ausländischen Vorlage sogar noch weiter gleichgemacht. Was als sozusagen "eigene geistige Leistung" bleibt, ist ein auffallend mageres Einschiebsel über Österreich, von dem wieder ein Teil ganz allgemeiner Art und der Rest ausgesprochen armselig, wo nicht überhaupt fehlerhaft und falsch ist. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Man könnte einwenden - und wird das sicherlich auch tun - daß es bei einem politischen Programm nicht um die Urheberschaft, um die Originalität und um die Verwendung oder Nichtverwendung ausländischer Vorlagen gehe, sondern ausschließlich um den Inhalt, egal aus welchem anderem Land er stamme, zumal wir doch Internationalisten sind und keine beschränkten Nationalisten. Ein solcher Einwand ist jedoch ganz oberflächlich und geht am Wesen der Sache vorbei.

Erstens nämlich ist die von den österreichischen "Programm-Verfassern" benützte und einfallslos kopierte Vorlage in diesem Fall selbst ganz untauglich und kann keinesfalls als marxistisch-leninistisches Programm gelten. (Diesen Beweis zu liefern, ist zwar in erster Linie Aufgabe der westdeutschen Marxisten-Leninisten, aber da der "Kommunistische Bund" unseres Landes gerade das westdeutsche KB-Programm kopiert hat, zwingt er uns auch eine indirekte Auseinandersetzung mit dem KB Westdeutschlands auf, die wir uns lieber erspart hätten. Immerhin sei hier besonders unterstrichen, daß es uns unmittelbar um den KB Öster-

reichs geht und nicht um die ausländischen Vorbilder, in deren Karrenspuren er so würdelos einherhinkt.)

Zweitens ist zu sagen, daß es nicht nur falsch ist, ein unmarxistisches ausländisches Programm abzupinseln, sondern auch falsch und dem Geist des Marxismus-Leninismus widersprechend wäre, einfach ein richtiges, wirklich marxistisch-leninistisches Programm einer Bruderpartei abzuschreiben oder nur unwesentlich verändert zu übernehmen. Wir kritisieren den KB unseres Landes also nicht deswegen, weil er etwa seine Vorlage von der falschen Stelle geholt hätte, sondern deswegen, weil er überhaupt abschreibt und nacherzählt, statt den eigenen Kopf zu gebrauchen !

Für das Programm sowie für die gesamte Tätigkeit einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei oder Organisation ist und bleibt stets entscheidend, wie weit sie es versteht, die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus, die allgemeinen Erkenntnisse und Erfahrungen der revolutionären Weltbewegung schöpferisch auf die konkreten, besonderen Bedingungen des eigenen Landes anzuwenden, diese allgemeinen Wahrheiten als spezifische Wahrheit des eigenen Landes auszudrücken, die internationalen Erfahrungen mit den Erfahrungen der revolutionären Bewegung des eigenen Landes zu einer überzeugenden Einheit zu verschmelzen und die besonderen, durch die konkreten Verhältnisse des eigenen Landes bestimmten Aufgaben der eigenen Arbeiterklasse und der nationalen revolutionären Bewegung im Lichte der Aufgaben der internationalen Arbeiterklasse und der revolutionären Weltbewegung, im Dienste der proletarischen Weltrevolution klar herauszuarbeiten.

Zweifellos ist das sehr schwierig, erfordert es weit mehr als ein paar Sitzungen irgendeiner Programmkommission, weit mehr als den einen oder anderen Diskussionsabend mit Mitgliedern und Sympathisanten, aber anders, einfacher und leichter geht es eben nicht und schon garnicht kann man einer solchen schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe mit Abschreibe-Übungen gerecht werden.

Verlangen wir vom österreichischen KB die erfolgreiche Lösung einer so schwierigen Aufgabe? Nein, wir verlangen das nicht und können das von ihm unter den gegebenen Umständen auch garnicht erwarten. Niemand könnte dem KB übelnehmen, wenn er die Abfassung und Beschließung eines ausführlichen Programms auf eine Zeit verschoben hätte, in der er bereits mehr theoretische Kenntnisse, ideologische Reife und praktische politische Erfahrungen besitzt, als sie ihm jetzt billigerweise schon zugemutet werden können, auf die Zeit nach einer gründlichen Herausarbeitung und Klärung der wesentlichen Elemente und Bausteine, deren Zusammenfassung erst das Programm ergeben kann. Was man dem österreichischen KB aber sehr wohl übelnehmen muß und was man garnicht scharf genug verurteilen kann, ist sein eklatant leichtfertiges und oberflächliches, im Grunde verantwortungs- und prinzipienloses Herangehen an die Programmerstellung.

Daß ein derartiges Herangehen an eine so ernste Aufgabe unmöglich zu einem brauchbaren Ergebnis führen konnte, sondern nur zur Karikatur eines Programms, zu einer kurzlebigen Stümperei, die der revolutionären Bewegung nicht nützt, sondern ihr schadet, sollte eigentlich klar sein. Wenn es dazu aber eines Beweises bedarf, so liefert ihn leider das, was die Bund-Programmkommission nun zur Annahme als Programm vorlegt.

Die tiefe Unehrlichkeit, die in dem würdelosen Akt zum Ausdruck kommt, einen so hemmungslos abgeschriebenen Text den eigenen Mitgliedern und Sympathisanten als selbst erarbeitetes Produkt vorzusetzen und zur Annahme zu empfehlen, ist demgegenüber nur ein Nebenaspekt, wenn auch des Nachdenkens wert.

ZUR KRITIK DES PROGRAMM-INHALTS

oooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Doch kommen wir nun zum Wichtigsten, zum eigentlichen Inhalt des vorliegenden Programms. Wir haben dabei weder genügend Zeit und Raum noch halten wir es für unbedingt erforderlich, der Reihe nach alle unklaren, schiefen, mißverständlichen und vor allem auch direkt unrichtigen, vom Opportunismus und vom Revisionismus angekränkelten oder verseuchten Programmstellen auseinanderzunehmen, wenn auch unbestreitbar ist, daß in einem politischen

Programm mit marxistisch-leninistischem Anspruch jede einzelne Formulierung hieb- und stichfest sein, jedes einzelne Wort stimmen müßte. Wir wollen uns vielmehr damit begnügen, den Programmentwurf in bezug auf einige uns vorrangig scheinende Fragenkomplexe zu prüfen und zu analysieren, woraus sich schon ein deutliches Bild seines Gesamtcharakters ergeben wird.

Diese Fragenkomplexe, die wir für besonders wichtig erachten, weil sich bei ihrer Behandlung und Beantwortung die Scheidelinien zwischen Marxisten-Leninisten einerseits und Opportunisten und Revisionisten andererseits besonders deutlich zeigen, sind in erster Linie:

a) Die Frage der Zerschlagung des alten Staatsapparats als Hauptproblem und Hauptsache der proletarischen Revolution; der Notwendigkeit der vollständigen Zerschlagung dieses Apparats und seiner Ersetzung durch einen neuen von unten bis oben; der Unmöglichkeit, irgendwelche seiner Teile einfach zu übernehmen und für die Zwecke des Proletariats zu verwenden.

b) Das Verhältnis von Reform und Revolution, von demokratischer und sozialistischer Bewegung, von demokratischen und sozialistischen Forderungen.

c) Die Frage der Bundesgenossen des Proletariats, insbesondere der Masse der werktätigen Bauern.

d) Die nationale Frage - innerhalb Österreichs und in internationaler Hinsicht.

REVISIONISTISCHE SCHLAGSEITE IN DER FRAGE DES STAATES

In der "Resolution zur Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung", beschlossen von der Wiener Konferenz der KBs und KGs im Dezember 1975, heißt es über die Voraussetzungen zur Vereinigung dieser Gruppen u. a.:

" Sie stimmen in den Hauptfragen der politischen Linie überein, auf der die Marxisten-Leninisten in den Klassenkampf eingreifen und an die Revolution herankommen, nämlich der Frage des Kampfes um Arbeiterforderungen, des Kampfes um Demokratie, in der Aktionseinheitspolitik und in der Gewerkschaftsfrage." ("Kommunist", April 1976, Seite 6)

Hier stockt man schon. Hauptfragen der politischen Linie? Was hier als solche angesprochen werden, sind merkwürdigerweise ausschließlich Forderungen nach Reformen und Fragen des Tageskampfes! Hier wird bereits jene revisionistische Schlagseite deutlich, die - trotz diverser anderslautender Erklärungen an anderen Stellen - auch im Programmentwurf des österreichischen KB immer wieder hervortritt.

Für Marxisten-Leninisten kann es sicherlich nicht den geringsten Zweifel daran geben, was denn die "Hauptfragen der politischen Linie" sind, denn gerade in diesen Fragen stehen sie im ununterbrochenen heftigen Kampf gegen alle Sorten von Opportunisten und Revisionisten: Es sind das natürlich die Fragen der proletarischen Revolution, des bewaffneten Aufstandes der Volksmassen, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats von der Basis bis an die Spitze, der Errichtung der Diktatur des Proletariats, der unbedingten Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse insbesondere mit der Masse der werktätigen Bauern, die Fragen der Hegemonie der Arbeiterklasse, der ständigen Festigung und Stärkung der Diktatur des Proletariats während der gesamten Phase des sozialistischen Aufbaus, des bewußten unausgesetzten Kampfes gegen alle Formen revisionistischer Entartung, der Durchbrechung der Weltfront des Imperialismus auf der internationalen Arena usw, - kurz, die Fragen der Revolution. Eben sie sind für die Marxisten-Leninisten das Hauptsächlichste und Wichtigste, was sie in den Klassenkampf hineintragen müssen, um die Revolution vorbereiten und erfolgreich durchführen zu können.

"Für den Revolutionär.. ist.. die revolutio-

näre Arbeit die Hauptsache und nicht die Reform", sagt Stalin in den "Grundlagen des Leninismus" (Peking 1969, S. 109) - der Kommunistische Bund dagegen betrachtet die Reformen und Tagesforderungen als die Hauptfragen seiner politischen Linie. Es ist das, wie sich im ganzen Programmentwurf zeigt, keineswegs ein zufälliger "Ausrutscher", kein aus Oberflächlichkeit entstandener falscher Zungenschlag, sondern Widerspiegelung einer revisionistischen Grundhaltung, die auch durch etliche anderslautende Erklärungen nicht verdeckt werden kann.

Im Programmentwurf selbst taucht die Staatsfrage erst im Mittelteil auf und es heißt dort dazu:

"Der bürgerliche Staat, in seiner Existenz Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, ist geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse, ideeller Gesamtkapitalist. Immer mehr gesellschaftliche Funktionen zieht der Staat an sich und verwandelt sie in bürokratische Tätigkeiten seiner Verwaltungs- und Unterdrückungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefgehender werden die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben bis zur direkten Übernahme und Leitung ganzer Wirtschaftszweige im Interesse der Kapitalistenklasse. Immer stärker werden Ausplünderung und politischer Druck. Immer schwerer lastet der Staatsapparat als unproduktiver schmarotzerischer Auswuchs am Körper der Gesellschaft. Der staatliche Unterdrückungsapparat wird ständig ausgebaut. Die Macht der Monopole verbindet sich mit der Macht des Staates."

Eigentlich sind das auch schon alle wesentlichen Aussagen des Programms über den Staat und es fällt fast mehr das auf, was über den Staat nicht gesagt wird als das, was gesagt wird.

Sicherlich ist es z. Bsp. nicht falsch zu sagen, daß der Staat "Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes" ist, was der bürgerliche Staat nun aber selbst ist, welche grundlegende Funktion er hat und welche konkrete Rolle er spielt, das wird nicht gesagt. Wir werden sehen, daß das kein Zufall ist.

Weiters fällt am zitierten Abschnitt des Programmentwurfes über den Staat auf, daß ihn hauptsächlich die ökonomische Seite der Tätigkeit des bürgerlichen Staats interessiert, die politische dagegen soviel wie garnicht. Gerade hier aber liegt des Pudels Kern. Aus guten Gründen haben die Klassiker des Marxismus-Leninismus auf die politische Rolle des Staates das Hauptaugenmerk gelenkt. "Der Staat ist eine Maschine in den Händen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Widerstands ihrer Klassengegner", unterstreicht z. Bsp. Stalin ("Grundlagen des Leninismus", S. 51) und entsprechende Definitionen eben dieser Hauptsache am bürgerlichen und an jedem andern Staat finden sich bei allen unseren Klassikern und Lehrmeistern. Warum aber findet sich von diesem für die gesamte revolutionäre Arbeit der Gegenwart und der Zukunft so entscheidendem Gedanken im Bund-Programmentwurf keine Spur ?

Für jeden Revolutionär von höchster Bedeutung ist auch die marxistisch-leninistische Erkenntnis, daß die Hauptkomponente einer jeden Staatsmacht die Armee ist. Das Bund-Programm übergeht auch diese "Kleinigkeit" - wieder nicht zufällig, denn bei seinen Forderungen wird es vom bürgerlichen Staat verlangen, er möge auf die Armee freiwillig verzichten, und damit der Arbeiterklasse vorspiegeln, eine solche "demokratische Reform" sei denkbar.

Weiter: Der Bund-Programmentwurf bezeichnet den bürgerlichen Staat auch als "geschäftsführenden Ausschuß der Kapitalistenklasse". Einerseits ist das jedoch, auch wenn es sich an eine Bemerkung von Engels anlehnt, als Definition der Rolle und des Wesens des bürgerlichen Staates ganz und garnicht ausreichend. Andererseits wird mit einer solchen Darstellung in einem politischen Programm der Unterschied zwischen bürgerlichem Staat und bürgerlicher Regierung in gefährlicher Weise verwischt. Diese beiden Begriffe streng auseinanderzuhalten, ist aber eine gebieterische Notwendigkeit für jeden Revolutionär. Der Unterschied zwischen dem Sturz irgendeines "geschäftsführenden Ausschusses der Kapitalistenklasse", den jede bürgerliche Regierung, jedes beliebige bürgerliche Kabinett darstellt, und dem Sturz des bürgerlichen Staates selbst, dieser Maschine zur gewaltsamen Niederhaltung der Arbeiterklasse, ist weltenweit, wie Tag und Nacht, es ist faktisch der Unterschied zwischen Reformismus und Revisionismus auf der einen und dem Marxismus-Leninismus auf der anderen Seite.

Das ist aber noch nicht alles. Der KB-Programmentwurf stellt den bürgerlichen Staat nicht nur ökonomistisch dar, sondern in der Hauptseite auch klassenunspezi-

fisch. Das tritt besonders bei seiner zentralen Anklage des Staatsapparats als "unproduktivem schmarotzerischem Auswuchs am Körper der Gesellschaft" zutage. Welchen "Gesellschaftskörper" hat der KB denn hier im Auge? Ist die angesprochene Gesellschaft etwa nicht eine Klassengesellschaft, heute bei uns eine Gesellschaft, in welcher der Staatsapparat nicht bloß auf Kosten des Proletariats existiert, sondern vor allem gegen das Proletariat existiert und wirkt? Als das entscheidende Instrument der Niederhaltung des Proletariats funktioniert dieser Staatsapparat doch ausgezeichnet und insoferne ist er für die herrschende Klasse doch durchaus kein "Auswuchs" und ist für sie doch auch äußerst "produktiv"?! Der KB-Programmentwurf läßt es so scheinen, als ob der Staatsapparat eine Art von ungesundem Geschwür am Körper der Bourgeoisie und auch in ihrem Sinne "unproduktiv" sei. Eine solche Kritik am bürgerlichen Staat zielt nicht auf seinen reaktionären Klassencharakter und auf seine Rolle als immer mehr vervollkommnetes Werkzeug zur Unterdrückung des Proletariats und der anderen werktätigen Schichten, sondern polemisiert in erster Linie gegen Erscheinungen, die vor allem den Kleinbürger aufregen und sein bekanntes klassenunspezifisches Lamento herausfordern, nämlich daß der Staatsapparat nicht richtig funktioniere, zu wenig effektiv wäre, zu viel Geld verschlinge, zu aufgebläht sei, usw. usf., also ein bis zu einem gewissen Grade "unnützer", "unproduktiver" oder sogar schädlicher "Auswuchs" am "Körper der Gesellschaft". In der Konsequenz führt eine solche Auffassung des Staates zwangsläufig zu anarchistischen Vorstellungen und zur Verneinung der Diktatur des Proletariats. Mit Marxismus-Leninismus hat sie nicht das Mindeste gemein.

Betrachten wir nun die Passage im Bundprogrammentwurf, die lautet: "Die Macht der Monopole verbindet sich mit der Macht des Staates". Warum eine solche nichtssagende, wieder die Hauptsache umgehende, flache und irreführende Formel, wenn es in Wahrheit doch darum geht, daß sich die Monopole im Imperialismus den Staat direkt unterordnen? Der Begriff "verbinden" drückt gerade das nicht aus, denn er sagt nichts über das Verhältnis der beiden Seiten zueinander, stellt sie als gleichwertig nebeneinander, was jedoch keineswegs zutrifft, also irreführend und falsch ist.

Dieses Schlupfloch des Revisionismus ist anscheinend auch Mitgliedern des KB aufgefallen und jemand scheint eine Änderung verlangt zu haben. Man sollte meinen, daß die Programmkommission den Satz daraufhin korrigiert hat. Aber nein, mit hartnäckiger Arroganz hat sie an der irreführenden Darstellung festgehalten und im "Rundschreiben der Programmkommission Nr. 4" gibt W. L. die forsche Antwort:

"Pkt. 11, letzter Satz, bleibt! Es wurde gesagt, daß die Unterordnung des Staates unter die Monopole in dieser Formulierung nicht klar zum Ausdruck käme. Es ist richtig, daß das in diesem einen Satz, für sich genommen, nicht geschieht. Man kann diesen Satz aber nicht für sich nehmen, sondern muß ihn im Zusammenhang des ganzen Programms sehen. Und dann kann wohl kein Zweifel aufkommen, daß wir vom Kapital ausgehen und nicht vom Staat."

Nach unserem bescheidenen Dafürhalten ist es hier jedoch ganz wurst, ob man "vom Kapital ausgeht" oder nicht. Die Halbwahrheit bleibt dennoch eine Halbwahrheit, sie bleibt irreführend, gefährlich und falsch - gerade in einem Programm, das von ähnlichen Halbwahrheiten jede Menge zu bieten hat. Originell ist auch das Argument, man dürfe die einzelnen, höchst anfechtbaren Sätze nicht für sich kritisieren, sondern dürfe sie nur im Zusammenhang mit dem gesamten Text von Anfang bis Ende beurteilen. Hinter dieser faulen Ausrede steckt eine der Methoden, deren sich der Revisionismus schon seit eh und je bedient, um sich einzuschleichen und auszubreiten.

Die Revisionisten schrieben und schreiben ja fast niemals nur Falsches, sondern vermischen ununterbrochen Falsches und Richtiges, jonglieren mit Halbwahrheiten, lassen vieles absichtlich unklar, zweideutig und verschwommen, um sich, wenn man ihnen an einer Stelle auf die Zehen steigt, stets sofort darauf berufen zu können, an einer anderen Stelle doch ohnehin das Richtige gesagt oder geschrieben zu haben, sie alles in allem genommen und im "Zusammenhang" gesehen, doch ohnehin patente Leute seien.

Nehmen wir etwa das Beispiel jener sogenannten "Marxisten-Leninisten", die plötzlich massiv in Sozialchauvinismus

zu machen begannen. Buchstäblich für jeden Satz, in dem sie ihr Gift untergebracht hatten, lagerten sie an anderer Stelle irgendein Alibi in Form einer scheinbar entgegengesetzten Aussage ab, auf das sie sich sogleich entrüstet beriefen, wenn man sie an den Stellen faßte, an denen ihre chauvinistischen Pferdefüße am deutlichsten zum Vorschein kamen. Auch sie beklagten sich heftig, daß man ihre einzelnen Äußerungen "aus dem Zusammenhang" ihrer gesamten Reden und Artikeln reiße, aber in Wahrheit war es stets so, daß gerade dann, wenn man ihre einzelnen, scheinbar zufälligen, für sich genommen manchmal garnicht so gravierenden "Ausrutscher", Halbwahrheiten, Ungenauigkeiten und Fehler miteinander in Zusammenhang brachte, diese ein ganz eindeutiges Bild ergaben und klar wurde, wie sehr ihre gesamte Linie trotz Gebrauchs vieler linker Worte und Wendungen durch und durch faul ist.

Doch zurück zur Beziehung von Monopolen und Staatsapparat im Imperialismus. In seinen "Erläuterungen zum Programmentwurf" ("Kommunist", April 1976, S. 37) polemisiert W. L. gegen die KPÖ-Revisionisten, die ganz allgemein von der "Verschmelzung von Staat und Monopolen" sprechen und damit die Tatsache vertuschen, daß sich das Finanzkapital den Staat dienstbar macht. Diese Unterschlagung, so müssen wir hinzufügen, ist für die Revisionisten deshalb erforderlich, weil ohne sie ihr ganzes Geflunker von "antimonopolistischer Demokratie" und von "Zurückdrängung der Macht der Monopole", ohne Revolution versteht sich, unmöglich wäre. Dem Genossen W. L. ist das natürlich gut bekannt. Warum hat er dann aber gerade jene Stelle im Bund-Programmentwurf unbedingt unverändert zu lassen verlangt, die ganz im Rahmen der revisionistischen Darstellung bleibt? Der Unterschied zwischen "verschmelzen" und "verbinden" ist doch hier ganz belanglos, es ist lediglich der Unterschied zwischen KPÖ-Revisionisten und - DKP-Revisionisten. Letztere haben in ihren Düsseldorfer Thesen in dieser Beziehung nämlich ziemlich das selbe gesagt wie das österreichische Bund-Programm. Demgegenüber ist jedoch klar:
Ob man nun "verschmelzen" oder "verbinden", "zusammenwachsen" oder "vereinigen" sagt, bleibt gehupft wie gesprungen, weil in allen diesen Bezeichnungen nicht das Wesentliche zum Ausdruck kommt, das Stalin in den Worten zusammenfaßt:

> "Es ist so, daß der Prozeß dieser Annäherung nicht einfach zum Zusammenwachsen führt, sondern zur UNTERORDNUNG des Staatsapparats unter die Monopole. Darum sollte man auf das Wort 'Zusammenwachsen' verzichten und es durch das Wort 'Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopole' ersetzen." (J. W. Stalin, Ökonomische Probleme, Peking 1972, S. 50)

Im Teil II des Bund-Programms wird an einer Stelle begrüßenswerterweise festgestellt, daß "der bürgerliche Staatsapparat von der Arbeiterklasse nicht einfach übernommen und für ihre Zwecke in Bewegung gesetzt werden kann". Das ist nicht nur richtig, sondern sogar außerordentlich wesentlich. Leider aber darf man - der Aufforderung von W. L. folgend - diesen einzelnen Satz nicht für sich nehmen, sondern muß den ganzen Programmentwurf ins Auge fassen. Dort jedoch gibt es auch davon abweichende, höchst verdächtige und in bezug auf diese kardinale Frage falsche Formulierungen. So z. Bsp. wird in der Einleitung des Teils V im Zusammenhang mit der "Errichtung der proletarischen Räterepublik" von der "Übernahme der staatlichen Verwaltung in die eigenen Hände (des "Proletariats und der anderen Klassen und Schichten des Volkes") gesprochen. Und eben das ist falsch. Auch wenn an anderer Stelle dazu was anderes gesagt wird, ist und bleibt eine solche Formulierung revisionistisch, denn sie stellt es so hin, als ob nicht der gesamte alte, bürgerliche Staatsapparat von der proletarischen Revolution zerschlagen werden müßte, sondern nur ein Teil von ihm, während ein anderer Teil, hier also der staatliche Verwaltungsapparat, nicht zerschlagen werden müsse, sondern vom Proletariat übernommen werden könnte, um dessen Interessen zu dienen.

Nicht zufällig kommt Lenin immer wieder auf die Notwendigkeit der "Zerstörung des gesamten bürgerlichen Staatsapparats von unten bis oben, des parlamentarischen, gerichtlichen, militärischen, bürokratischen, administrativen, kommunalen Apparats" (Lenin, Werke, Bd. 31, S 174/75) zurück. Den Verfassern des Bund-Programms dürfte das bekannt sein, denn in ihrem ursprünglichen Entwurf hieß es sogar richtig: "Die Arbeiterklasse zerschlägt den bürgerlichen Staat von oben bis unten". Einige Zeit später aber verfügte das "Rundschreiben der Programmkommission

Nr. 4" merkwürdigerweise und ohne die geringste Begründung die Streichung der Worte "von oben bis unten", worauf sie in der neuen Fassung tatsächlich fehlen. Warum wurden diese Worte als störend empfunden? Es ist unzweifelhaft, daß sie nur jenen ein Dorn im Auge sein konnten, die den bürgerlichen Staat weder "von unten bis oben" noch "von oben bis unten" insgesamt zerschlagen, sondern zumindest gewisse Teile von ihm übernehmen, also grundsätzlich unverändert lassen wollen. Das aber ist waschechter Revisionismus.

REFORMISTISCHE HINTERTÜREN

IN DER FRAGE DER BEWAFFNETEN REVOLUTION

Betrachten wir nun die Haltung des Bund-Programmentwurfs zur Revolution mit Waffengewalt, zur Frage der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands. Im betreffenden Abschnitt heißt es dazu:

" Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung ihres Eigentums und ihrer Herrschaft verfügt, kann die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern."

Im theoretischen Organ des KB Wien wird diese Stelle in folgender Weise erläutert:

"Indem wir festhalten, daß die Machtergreifung des Proletariats mit Waffengewalt vor sich gehen muß, solange (Hervorhebung im Original!) die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen ihrer Staatsmacht verfügt, lösen wir die Frage der revolutionären Gewalt nicht unzulässig aus ihrem Zusammenhang, sondern stellen sie als Notwendigkeit hin, die sich aus bestimmten Verhältnissen herleitet." ("Kommunist" vom April 1976, Seite 43)

Was hier auf den ersten Blick als annehmbar erscheint, erweist sich bei genauerem Hinsehen und im Zusammenhang mit anderen wesentlichen Stellen des Programms als äußerst gefährliche revisionistische Hintertüre. Der springende Punkt ist das Wörtchen "solange", das eine weitgehende Einschränkung der Notwendigkeit der gewaltsamen, bewaffneten Revolution zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verbirgt. Hätten die Programmverfasser - bzw. ihre Vorbilder vom westdeutschen KB, die sie auch hier wörtlich kopiert haben - anstelle das fatalen Wörtchens "solange" das klare Wort "weil" gesetzt, so wäre alles in Ordnung gewesen und man hätte zufrieden sein können. Auch die "Erläuterung" wäre, bloß durch dieses eine Wort verändert, hieb- und stichfest. Warum dann aber so ein weiter Bogen um dieses einfache Wort? Ist es den zungenfertigen Intellektuellen des Bundes weder in Österreich noch in Westdeutschland eingefallen? Es wäre allzu naiv, das anzunehmen.

Es ist vielmehr ganz offenkundig, daß das Wort "solange" bewußt deshalb gewählt wurde, weil es die Möglichkeit einer sich vor der Revolution ergebenden Situation vorspiegelt und auf sie Kurs nimmt, in der die Bourgeoisie nicht mehr über bewaffnete Formationen verfügt, man daher ohne Waffengewalt, friedlich und gewaltlos zum Sozialismus gelangen könnte!

Man wende nicht ein, daß wir hier auf einem einzelnen, falsch gewählten Wort herumreiten und den Programmverfassern Absichten und Vorstellungen unterschieben, die ihnen ferne lägen. Eben nicht! Man kann doch unmöglich den direkten logischen Zusammenhang zwischen der "Solange"-Formel des Bund-Programms und seiner Kernforderung im Teil V übersehen, in der aufgerufen wird, in der gegebenen Phase, in einer vorrevolutionären Situation innerhalb des bestehenden bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Durchführung folgender Maßnahmen zu verlangen:

"Ersetzung des stehenden Heeres, der Polizei, der Gendarmerie und aller anderen bewaffneten Formationen des Staates durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl und jederzeitige Abwählbarkeit der Offiziere; Weiterzahlung des Lohns durch die Kapitalisten bzw. bei öffentlich Bediensteten durch den

> Staat während der Dienstzeit in der allgemeinen Volksmiliz."

Soviel kindliche Naivität wäre rührend, wenn sie sich im Aufsatzheft eines Grundschülers fände, aber im politischen Programm einer sich als marxistisch-leninistisch vorstellenden Organisation ist sie ein beschämender Gipfel an Schwachsinn, der nur noch von dem überboten wird, was in den "Erläuterungen" dazu gesagt wird:

> " Mit der Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung verlangen wir die Zerstörung des Kerns des bürgerlichen Staatsapparates als unerläßliche Voraussetzung zur Eroberung der politischen Macht. Wir fordern nicht eine bürgerliche Miliz, sondern die ungeteilte Kontrolle des Volkes über die Waffen, was nur geht, wenn das Volk selbst die Waffen führt. Daher verlangen wir auch die Wahl der Offiziere. 'Solang nicht jeder Arbeiter sein Repetiergewehr und hundert scharfe Patronen im Hause hat, ist's alles Blödsinn', schreibt Engels in einem Brief an Kautsky (MEW, Bd. 38, S. 88). Die Lohnfortzahlung für die Angehörigen der Volksmiliz ist Voraussetzung für die Realisierung dieser Forderung." ("Kommunist", April 1976, S. 58).

Diese Sätze muß man sich wahrlich auf der Zunge zergehen lassen, um ihren ganzen skurrilen Reiz zu genießen: Erstens ist köstlich, an wen diese Forderungen gerichtet sind, von wem der "Kommunistische Bund" derartiges "verlangt". Augenscheinlich ist das die Bourgeoisie selbst, die herrschende Klasse, die hier so forsch aufgefordert wird, nicht nur das Heer als Hauptkomponente ihrer Staatsmacht aufzulösen, sondern die "Zerstörung des Kerns der bürgerlichen Staatsmacht", nämlich aller ihrer bewaffneten Formationen überhaupt, vorzunehmen! Mögen die Bund-Mitglieder bei feierlichen Anlässen auch singen, daß die Arbeiterklasse "kein Gott, kein Kaiser noch Tribun" befreien kann, sondern sie das nur selber tun kann - im Programm des Bundes verlangt man dessenungeachtet (und stellt es damit als möglich hin!) von den Kapitalisten und deren Göttern, Kaisern und Tribunen, sie mögen bitteschön Harakiri machen, selber die entscheidenden Stützen ihrer Herrschaft liquidieren und sich an Händen und Füßen gefesselt dem Volke ausliefern!

Für den Marxismus-Leninismus ist es eine feststehende, unwiderlegbare Wahrheit, daß das bürgerliche Heer, der gesamte bewaffnete Apparat und überhaupt alle bewaffneten und nichtbewaffneten Bestandteile des bürgerlichen Staates im bewaffneten Aufstand zerschlagen werden müssen - gegen die wütendste, erbittertste Gegenwehr, den unerbittlichen, unausgesetzten, vor nichts, aber auch schon vor garnichts zurückschreckenden Widerstand aller Mächte der zum Untergang verurteilten, aber um keinen Preis sterben wollenden bürgerlichen Gesellschaft.

Für den "Kommunistischen Bund" dagegen ist die Sache viel einfacher: Man verlange bloß genügend beharrlich und energisch von eben diesen Mächten der alten Gesellschaft, daß sie sich selbst entwaffnen, ihren Machtapparat freiwillig liquidieren und die Gewehre, aus deren Läufen bekanntlich die Macht kommt, vertrauensvoll in die Hände des Proletariats legen, damit dieses seine Diktatur verwirklichen könne! Und indem er solches verlangt, stellt es der KB auch als denkbar und als reale Möglichkeit hin, daß so etwas geschieht. Und nun offenbart das ominöse Wörtchen "solange" endlich seinen wohlerwogenen Zweck: Solange es noch bewaffnete Formationen des bürgerlichen Staates gibt, solange bleibt dem Proletariat halt leider nicht erspart, auf die eigene Gewalt zu setzen - sobald aber die Kapitalisten der Aufforderung des "Kommunistischen Bundes" gefolgt sind, sämtliche bewaffnete Formationen ihres Staates aufgelöst haben und nicht nur die Gewehre und Kanonen, Panzer und Flugzeuge, sondern auch das Kommando über sie (mittels "Wahl und jederzeitiger Abwählbarkeit der Offiziere") dem arbeitenden Volk übergeben haben, dann ist endlich alle Gewalt überflüssig und wir können, mit roten Nelken in den Gewehrläufen, ohne weiteren Aufenthalt in den Sozialismus spazieren.

Unsere Leser mögen es verzeihen, wenn wir angesichts eines solchen Märchenglaubens nicht ernst bleiben können und ironisch werden. Aber unter erwachsenen, mit normalen fünf Sinnen und ein wenig Hausverstand ausgestatteten Menschen (von proletarischem Klassenbewußtsein ganz zu schweigen) muß man wohl nicht allen Ernstes erklären, daß eine herrschende Klasse ihre Macht nicht freiwillig aufgibt und warum sie das niemals tun wird.

Um ein anderes Beispiel herauszugreifen: Kann man etwa einen Satz wie den am Ende des obenstehenden Zitats, nach dem die Lohnfortzahlung für die Angehörigen der ("nicht bürgerlichen"!) Volksmiliz die Voraussetzung für die Realisierung der vorangegangenen Forderungen sei, anders als ironisch kommentieren? Besagt dieser Satz doch nichts anderes, als daß sich die angestrebte "nicht bürgerliche" Volksmiliz und die "Führung" der bewaffneten Macht durch das Volk nur dann verwirklichen ließe, wenn die Kapitalisten dafür zahlen! Ohne kapitalistisches Geld keine proletarische Musik, ohne Lohnfortzahlung durch die Unternehmer keine gegen sie gerichtete Volksmiliz. Sollten sich die Unternehmer aus mangelndem Verständnis weigern, für eine "nicht bürgerliche" bewaffnete Formation die Unterhaltskosten zu zahlen, dann läßt sich das schöne Projekt leider nicht verwirklichen.

Das Verlangen des Bund-Programms, die Kapitalisten sollten alle ihre bewaffneten Machtorgane auflösen, dem Volk die Waffen und das Kommando über diese übergeben und eine "nicht bürgerliche" Volksmiliz ermöglichen, indem sie deren Angehörigen die Löhne fortzahlen, findet sich in dem mit "Das demokratische Forderungsprogramm der Kommunisten" überschriebenen Kapitel des Programms. Handelt es sich bei den genannten Forderungen aber um etwas, das in den Bereich der demokratischen Forderungen gehört? Sicher nicht. Das Verlangen nach Selbstauflösung und Selbstzerstörung des Kerns der bürgerlichen Staatsmacht ist ebensowenig eine "demokratische Forderung" wie etwa die Forderung nach Selbstmord aller Angehörigen des "geschäftsführenden Ausschusses" der Kapitalistenklasse, denn es ist gemäß den objektiven Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft niemals erfüllbar, so wie eben der Weg zum Sozialismus ohne die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats durch die Revolution ganz unmöglich ist. Handelt es sich also um eine sozialistische Forderung? Ebenfalls nicht, denn in der Revolution müßte sie offensichtlich nicht nur eine ganz andere Form, sondern auch einen anderen Adressaten haben: das Proletariat. Außerdem ginge es dann auch nicht um irgendeine geheimnisvolle "nicht bürgerliche" Volksmiliz, sondern um die bewaffneten Organe der Diktatur des Proletariats und hätte schon gar die Vorstellung von der "Lohnfortzahlung" für die Milizangehörigen durch das Kapital keinen Platz. Mit einem Wort, es handelt sich bei diesen Forderungen bloß um einen Stumpfsinn, der weder im Kapitalismus noch im Sozialismus realen Wert hat; im Grunde ist es lediglich eine neue, besonders "radikal" klingende aber auch besonders primitive Variante der revisionistischen Vorstellungen vom gewaltlosen, friedlichen und "demokratischen Weg" zum Sozialismus.

Angesichts der Primitivität der vom Bund propagierten Vorstellungen scheint es fast unnötig, daran zu erinnern, daß selbst dort, wo es wirklich um demokratische Forderungen reeller Natur geht, diese von den Revolutionären niemals hauptsächlich danach beurteilt werden dürfen, welchen Wert ihre Realisierung "an und für sich", unabhängig von allem anderen, hätte, sondern vor allem danach, ob sie die Massen kampffähiger zu machen vermögen, ihre Illusionen beseitigen, ihr kämpferisches Bewußtsein und ihre revolutionäre Einsicht fördern; ob sie sie lähmen oder mobilisieren. Es ist aber sonnenklar, daß schon jeder Gedanke in der Richtung der Möglichkeit einer Selbstauflösung der Machtorgane des bürgerlichen Staates nur dazu führen kann, den Massen das Hirn zu vernebeln, sie mit Illusionen vollzustopfen und an Wunder glauben zu lassen, sie also desorientiert, desorganisiert und demobilisiert.

NEUE BROSCHÜREN:

NEUER SIEG DER POLITIK DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS, UM DEN ALLGEMEINEN WOHLSTAND DES VOLKES ZU HEBEN

Tirana 1976 30 Seiten ö.S. 5,-

DIE KONFERENZ, DIE DEN REVISIONISTISCHEN VERRAT BESIEGELTE (Zur Ostberliner Revisionistenkonferenz vom Juni 1976)

Tirana 1976 18 Seiten ö.S. 4,-

DER PARTEITAG DER SOWJETREVISIONISTEN - PARTEITAG DER SOZIALIMPERIALISTISCHEN DEMAGOGIE UND EXPANSION (Zum 25. Parteitag der Sowjetrevisionisten im März 1976)

Tirana 1976 26 Seiten ö.S. 5,-

VON DER DIKTATUR DES PROLETARIATS ZUM "STAAT DES GANZEN VOLKES" ABGERUTSCHT

Im KB-Programmentwurf wird mehrfach von der "Diktatur des Proletariats" gesprochen und das Programm bekennt sich auch zu ihrer Errichtung. Das wäre sehr positiv, wenn das Programm von einer richtigen Definition dieses Begriffes oder zumindest von einer klaren Vorstellung seines Inhalts ausginge. Leider ist das jedoch nicht der Fall. So ist im Teil V des Programmentwurfs von der "Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zweck der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse" die Rede. Damit ist jedoch alles durcheinander und revisionistischer Unsinn herausgekommen. Das Wort "ungeteilt" hat im Zusammenhang mit "Volksherrschaft" überhaupt keinen Sinn, sondern erhält seinen Sinn erst, wenn es sich auf die uneingeschränkte Herrschaft des Proletariats bezieht, das seine Macht eben mit keiner anderen Klasse teilt. Insoferne ist die Diktatur des Proletariats aber bekanntlich keine Volksherrschaft in diesem wörtlichen Sinn, sondern die ungeteilte und uneingeschränkte Klassenherrschaft des Proletariats, das seine Feinde, die geschlagenen Ausbeuterklassen, unterdrückt, niederhält und als Klassen systematisch liquidiert, gegenüber seinen Freunden und Bundesgenossen aber die Führung innehat, die Hegemonie ausübt. Der Begriff "Proletariat" ist nicht identisch mit den Begriffen "Werktätige" oder "arbeitendes Volk" und schon garnicht mit dem Begriff "Volk" im allgemeinen. Im Bund-Programm gerät das alles durcheinander wie Kraut und Rüben. Wäre der betreffende Satz im Programmentwurf einfach umgedreht worden, sodaß von der Herrschaft der Arbeiterklasse zum Zweck der sozialen Befreiung des Volkes die Rede gewesen wäre, hätte man zwar auch kein Prachtstück an Präzision gewonnen, aber es hätte wenigstens in der Richtung gestimmt. Aber die Erklärung der Diktatur des Proletariats zur uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zwecke der Befreiung der Arbeiterklasse ist hinten und vorne falsch.

Es ist bekanntlich das traurige Verdienst Chruschtschows, die Begriffe "Proletariat" und "Volk" völlig durcheinandergebracht zu haben, um so leichter den Klassencharakter des proletarischen Staates verwischen und beseitigen, die Diktatur des Proletariats durch die Diktatur einer neuen Ausbeuterklasse ersetzen zu können, die unter der betrügerischen revisionistischen Phrase vom "Staat des ganzen Volkes" marschiert. Das hindert den "Kommunistischen Bund" nicht, in seinem Programmentwurf getreulich diesen Spuren zu folgen. Seine Verwässerung des Begriffes Diktatur des Proletariats zu einer "ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zweck der sozialen Befreiung des Proletariats" läuft direkt auf die Leugnung der Klassenherrschaft des Proletariats hinaus und liegt ganz auf der Linie der wiederholten Negierung des Klassencharakters des Staates überhaupt durch das vorliegende Bund-Programm.

Wie sich die klassenunspezifische Darstellung des Staates durch alle Teile des KB-Programms zieht, wollen wir nur noch an einem letzten Beispiel zeigen. In Punkt 5 des Teils II des Programmentwurfes heißt es in bezug auf den proletarischen Staat:

> "Das Proletariat richtet bewußt die Tätigkeit seiner Staatsmacht darauf aus, den von der Gesellschaft abgesonderten Charakter der staatlichen Tätigkeiten zu überwinden und sie in gesellschaftliche Tätigkeiten des freien Arbeitervolkes zu verwandeln."

Daß sie auch diese Formeln zur Gänze und wortwörtlich aus dem Programm des KB Westdeutschlands abgeschrieben hat, kann die österreichische Bund-Programmkommission nicht entschuldigen. Was ist das doch für eine sonderbare Vorstellung von der jungen proletarischen Staatsmacht, die von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten in schwerem, blutigem Ringen und unter größten Opfern selbst erkämpft und aufgebaut wurde und wird, daß sie vorerst einen "von der Gesellschaft abgesonderten Charakter" habe, der Schritt für

Schritt zu "überwinden" sei? An welche "Gesellschaft" haben die Verfasser da wohl in erster Linie gedacht? Wird für sie die Diktatur des Proletariats etwa erst in dem Maß akzeptabel, in dem sie sich in das verwandelt, was das KB-Programm die "ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft" nennt? Oder hat auch bei dieser Programmstelle die Vorstellung Pate gestanden, den alten Staatsapparat zumindest teilweise zu übernehmen und dann für die Zwecke des "Volkes" zu reformieren und tauglich zu machen?

Übrigens ist die Paraphrase über "den von der Gesellschaft abgesonderten Charakter der staatlichen Tätigkeiten" sogar auch in bezug auf den kapitalistischen Staat ausgesprochen irreführend und unannehmbar, wenn sie in einem Programm steht, das in bezug auf den Staat gerade das Entscheidende verschweigt. Denn auch für die staatlichen Tätigkeiten des bürgerlichen Staates ist das hauptsächliche Merkmal nicht, daß sie "von der Gesellschaft abgesondert" sind, sondern daß sie dieser Gesellschaft dienen, ihr entscheidendes Mittel sind, die Macht der in dieser Gesellschaft herrschenden Klasse aufrechtzuerhalten, ihre Diktatur über die anderen Klassen zu realisieren, zu verteidigen und zu stärken.

VERMENGUNG VON DEMOKRATISCHER UND SOZIALISTISCHER BEWEGUNG, VON REFORM UND REVOLUTION

Wie die angeführten konkreten Beispiele, die man noch vermehren könnte, eindeutig beweisen, kann man den Standpunkt des KB-Programms in den Fragen der proletarischen Revolution sowie des kapitalistischen und des proletarischen Staates nicht als marxistisch-leninistisch gelten lassen. Wie steht es nun mit der Haltung des Programms zu den Fragen des Kampfes um Reformen innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung? In Punkt 5 des Programmteils III heißt es dazu:

> "Die Kommunisten, die den Kampf um die soziale Revolution führen, lehnen den Kampf um Reformen nicht ab, unterstützen alle Bewegungen, die diesen Kampf aufnehmen, kämpfen aber nur um eine solche Besserung der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes, die die Fähigkeit der Massen erhöht, den Klassenkampf zu führen und die Bedingungen dafür verbessert.
>
> Sie lehnen daher alle jene Reformvorschläge ab, die mit einer Förderung der Zusammenarbeit mit den Ausbeutern oder mit einer wie auch immer gearteten Ausdehnung oder Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Klassen verbunden sind."

Zunächst ist das schon sehr widersprüchlich, denn man kann nicht eingangs sagen, daß man "alle" Reformbewegungen unterstütze, um danach gleich mitzuteilen, daß man aber nicht für jede "Besserung der Lage der Arbeiterklasse" kämpfe. Wozu ein derartiges Hin und Her, wo es doch klipp und klar darum geht, daß die Kommunisten keinesfalls alle Reformbewegungen unterstützen können?!

Noch wichtiger erscheint uns allerdings, daß man den Ausdruck "Besserung der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes" auf keinen Fall im Sinne der bürgerlichen Demagogie akzeptieren und gebrauchen darf, schon garnicht in einem revolutionär sein wollenden Programm.

Es gibt überhaupt keine diese Bezeichnung verdienende "Besserung der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes", welche die Marxisten-Leninisten nicht unterstützen würden, doch sie haben von einer solchen "Besserung" natürlich ganz andere Vorstellungen als die Herren Benya oder Mautner-Markhof und ihre Tintenkulis!

Statt aber das klar herauszuarbeiten, spricht der Bund-Programmentwurf von der "Besserung der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes" wie der Herr Staberl von der "Kronen-Zeitung" und sieht

GENOSSEN, FREUNDE! DIE "ROTE FAHNE" BRAUCHT EURE VERSTÄRKTE UNTERSTÜTZUNG!

sich dann natürlich gezwungen, gegen gewisse "Besserungen der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes" aufzutreten, womit er genau dort ist, wo ihn eben dieser Herr Staberl haben möchte. Auch das ist wieder nicht bloß eine "Ungeschicklichkeit" der Programmverfasser, nicht nur ein sprachlicher Lapsus sonst sehr wortgewandter Intellektueller, sondern der Niederschlag ihrer im Grunde ganz bürgerlichen Vorstellungswelt. Das Bund-Programm sagt damit: Ja, wenn die Arbeiter mit den Ausbeutern sozialpartnerschaftlich zusammenarbeiten würden, wenn sie auf ihren Klassenkampf verzichten würden, wenn sie womöglich sogar zur Stärkung des kapitalistischen Staates und damit zur "Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung" beitragen wollten, dann würde es ihnen natürlich besser gehen (vielleicht weil die Kapitalisten dann als Anerkennung und Belohnung freiwillig ein etwas größeres Stück vom Kuchen des Sozialprodukts abgeben würden) - aber das unterstützen wir nicht, dagegen sind wir. Das ist die "Logik" von "radikal" gewordenen bürgerlichen Intellektuellen. Die Logik der Arbeiterklasse jedoch sieht ganz anders aus. Sie besagt, daß die Arbeiterklasse und das ganze arbeitende Volk nur im entschlossenen Klassenkampf eine Besserung ihrer Lage erreichen können, daß nicht nur ihre großen, langfristigen Ziele, sondern auch ihre Tagesinteressen nur durch den Druck und die Gewalt des Kampfes Klasse gegen Klasse durchzusetzen sind, jedes Nachlassen, jede Abschwächung oder Einstellung dieses Kampfes aber nur zu einer eindeutigen Verschlechterung ihrer Lage führen kann.

Der Marxismus-Leninismus unterscheidet bekanntlich zwischen demokratischen und sozialistischen Forderungen, Aufgaben und Zielen und dementsprechend auch zwischen demokratischen und sozialistischen Bewegungen. Diese Unterscheidung, die sich in den Programmen der revolutionären Arbeiterbewegung manchmal auch als Unterscheidung zwischen "Minimalprogramm" und "Maximalprogramm" manifestiert, ist im Grunde die Unterscheidung zwischen Reform und Revolution. Im KB-Programm findet sich eine solche Unterscheidung nicht, sondern ganz im Gegenteil wird der Kampf um demokratische Reformen heillos mit den Aufgaben der proletarischen Revolution vermengt und verwechselt. Das führt unvermeidlich zu zwei einander scheinbar entgegengesetzten, in ihrer Konsequenz aber gleichgerichteten Abweichungen, nämlich zum Opportunismus einerseits und zum Sektierertum andererseits. Sehen wir die folgende Darstellung im Teil V des KB-Programmentwurfes:

"Dieser Kampf um Demokratie zielt auf den Sturz der bürgerlichen Diktatur und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zweck der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse ab. Er muß so geführt werden, daß er letztlich umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat."

Das klingt zwar großartig revolutionär, ist aber in mehrfacher Hinsicht in Widerspruch zum Marxismus-Leninismus.

Erstens ist es schon unrichtig, daß der demokratische Kampf in diesem unmittelbaren Sinn "auf den Sturz der bürgerlichen Diktatur und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zielt". Andernfalls wäre der demokratische Kampf ja mit dem sozialistischen Kampf identisch und es wäre Humbug, davon zu reden, der demokratische Kampf müsse dem sozialistischen Kampf untergeordnet werden. Wie sich schon aus der Bezeichnung ergibt, unterscheidet sich der demokratische Kampf vom sozialistischen Kampf - statt Kampf könnte man auch die Worte "Forderungen" oder "Bewegung" einsetzen - gerade dadurch, daß letzterer auf den Sturz der bürgerlichen Diktatur und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zielt, während der erstere das nicht tut und weit bescheidenere Ziele hat, die mehr oder minder weitgehend verwirklicht werden können ohne daß die bürgerliche Diktatur schon gestürzt und durch die proletarische ersetzt wird. Somit ist im Bund-Programm gerade das Hauptmerkmal des demokratischen Kampfes nicht erfaßt und wird er als eine Form des sozialistischen Kampfes hingestellt, was Reformismus in Reinkultur ergibt.

Damit ist die Brücke zu dem hergestellt, was uns im Zitat als zweites auffällt, nämlich das "letztliche Umschlagen". Nun hat der demokratische Kampf, besonders in bestimmten politischen Situationen, zweifellos außerordentliche Bedeutung. Richtig geführt kann er dem Imperialismus bzw. der einheimischen oder der

internationalen Bourgeoisie sehr wuchtige Schläge versetzen und gewaltig zur politischen Aktivierung und Mobilisierung der Volksmassen beitragen. Doch alles vermag der demokratische Kampf nicht. "Die Herrschaft des Finanzkapitals, wie des Kapitals überhaupt, ist durch keinerlei Umgestaltung auf dem Gebiet der politischen Demokratie zu beseitigen", stellt Lenin (Werke, Bd. 22, S. 146) mit Nachdruck fest. Die Meinung, daß der demokratische Kampf "letztlich" in revolutionäre Maßnahmen zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft "umschlagen" würde, wenn er nur zügig genug betrieben und Schritt für Schritt durch neue, weiter gehende Forderungen "angereichert" und "ausgebaut" würde, ist durch und durch revisionistisch und reformistisch. Sie ist eine sogar steinalte Spielart revisionistischer Vorstellungen von einem allmählichen und schrittweisen, zugleich aber auch sozusagen automatischen, selbsttätigen und spontanen Weg zum Sozialismus, für den sozialistisches Bewußtsein eigentlich garnicht erforderlich ist und schon demokratisches genügt.

Wir stehen hier vor einem ganzen Knäuel dem Marxismus-Leninismus widersprechender Auffassungen, vor einer Reihe von Kernfragen im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie in der Arbeiterbewegung im allgemeinen und gegen den modernen Revisionismus und seine "antirevisionistischen" Schattenboxer im besonderen. Das ist nicht verwunderlich, denn die Verwischung der prinzipiellen Verschiedenheit von demokratischem und sozialistischem Kampf bedeutet de facto die Verwischung des Unterschieds zwischen Reform und Revolution. In ihrem 8. Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU macht das die KP Chinas ganz klar:

"Im Gegensatz zu den Auffassungen der Marxisten-Leninisten verbreitet die Führung der KPdSU die Ansicht, wonach 'in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern die demokratischen und die sozialistischen Aufgaben so eng miteinander verflochten sind, daß eine Trennungslinie hier kaum zu ziehen ist'. Das bedeutet soviel wie den Kampf auf lange Sicht durch den Tageskampf und die proletarische Revolution durch den Reformismus zu ersetzen." ("Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", Peking 1965, S. 441)

Die Vermengung von demokratischem und sozialistischem Kampf, von demokratischen und sozialistischen Forderungen, von demokratischer und sozialistischer Bewegung macht es selbstverständlich auch unmöglich, in den demokratischen Kampf alle jene Teile der Bevölkerung einzubeziehen, die für ihn mobilisiert werden könnten und müßten. Der Opportunismus auf der einen Seite findet so seine Ergänzung durch das Sektierertum auf der anderen, die rechte Abweichung geht nahtlos in die "linke" über. In den "Erläuterungen" wird das dort besonders auffallend, wo zum "Forderungsprogramm" des Bund-Programms betont wird:

"Auch das Forderungsprogramm der Kommunisten enthält nur die Forderungen der Arbeiterklasse, die natürlich auch für andere Teile des Volkes bzw. der Lohnabhängigen ihre Bedeutung haben, soweit sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen." ("Kommunist", April 1976, S. 29)

Noch "proletarischer" und noch "revolutionärer" scheint es schon nicht mehr zu gehen, aber in Wahrheit stelzt hier wieder einmal eine Dummheit in ultrarevolutionärem Gewand daher. Was heißt denn, "auf dem Standpunkt des Proletariats stehen"? Steht man schon auf dem "Standpunkt des Proletariats", wenn man gemäß dem KB-Programm die "jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter", die "Unantastbarkeit von Person und Wohnung", das Recht der Slowenen auf Gebrauch ihrer Muttersprache oder die unentgeltliche Schulbildung verlangt? Auf dem Standpunkt des Proletariats stehen, heißt natürlich nicht, in irgendeiner untergeordneten Frage und aus irgendwelchen Gründen mit vielen Arbeitern einer Meinung zu sein, sondern es heißt nichts anderes, als auf dem revolutionär-sozialistischem Standpunkt zu stehen. Nur in diesem Sinne wird der Ausdruck in der marxistisch-leninistischen Literatur gebraucht. Also ist hier schon wieder der demokratische (und ökonomische) Kampf völlig mit dem sozialistischen durcheinandergebracht.

Nehmen wir z. Bsp. die vom Bund-Programm erhobene richtige Forderung nach Trennung von Kirche und Staat. Es ist absolut nicht einzusehen, warum sie lediglich für Menschen Bedeutung haben soll, die sich "auf den Standpunkt des Proletariats stellen", also für die sozialisti-

sche Revolution eintreten. Es ist einfach eine demokratische und noch lange keine sozialistische Forderung, eine Forderung, die im Sozialismus mit Sicherheit vollständig verwirklicht wird, aber auch im Kapitalismus unter bestimmten Umständen und innerhalb gewisser Grenzen durchgesetzt werden kann. Um sie zu vertreten, muß man sich nicht nur nicht unbedingt auf den Standpunkt des Proletariats stellen, sondern ist gerade das nicht erforderlich:

> Die Bedeutung dieser sowie der anderen demokratischen Forderungen liegt sogar gerade darin, daß man für ihre Verwirklichung die großen Massen des Volkes, weit über das Proletariat und seinen bewußtesten Teil hinaus, gewinnen kann und gewinnen muß, also insbesondere auch jene Massen, die sich politisch nicht auf den Standpunkt des Proletariats stellen.

Haben wir oben gesehen, daß die falsche Linie des KB-Programms in den Fragen der Revolution es dem Bund unmöglich macht, bei ihrer Vorbereitung und Durchführung den richtigen Weg zu weisen, so zeigt sich hier, daß er mit einem solchen Programm auch außerstande ist, den Kampf um Reformen wirkungsvoll zu führen, weil er ihn nicht auf die mögliche und notwendige breite Massenbasis stellt, sondern ihn auf die bewußtesten Teile der Arbeiterklasse und des Volkes beschränkt. An die Fragen der Revolution geht das KB-Programm opportunistisch heran, an die Frage der Reformen aber sektiererisch. Es ist in beiden Richtungen unbrauchbar.

Wir haben hier nicht genügend Raum, um im Einzelnen auf das "Forderungsprogramm" des KB-Programmentwurfes eingehen zu können, aber viel wichtiger ist seine Gesamteinschätzung:

Wie wir schon eingangs festgestellt haben, ist der ganze "Forderungs"-Teil des Programmentwurfs des österreichischen KB - weitgehender noch als seine anderen Teile - ziemlich wörtlich dem Programm des westdeutschen KB entnommen. Eigentlich ist bloß ein Absatz über die in Österreich lebenden Minderheiten und die Forderung nach Verbot der Entsendung österreichischer Truppen ins Ausland hinzugefügt. Das heißt aber, daß die Forderungen zum entscheidenden Teil nicht den konkreten, besonderen Verhältnissen unseres Landes gemäß erarbeitet wurden und mit der Klassenrealität Österreichs nicht wirklich verbunden sind. Daß man lediglich dort und da ein Wörtchen ausgetauscht oder ergänzt hat, daß man bei den wirtschaftlichen Forderungen aus "8 Wochen allgemeinem Urlaub" die Forderung nach "mindestens 8 Wochen" gemacht hat, die Arbeitszeit für Nachtarbeiter nicht bloß auf 4, sondern auf dreieinhalb Stunden begrenzen möchte oder die Pensionen auf mindestens 80 statt auf mindestens 75 Prozent eines Facharbeiterlohns zu erhöhen verlangt, kann schwerlich als ernstzunehmende "Anpassung" der KBW-Vorlage an die österreichischen Verhältnisse angesehen werden.

> Wenn aber das Programm einer österreichischen politischen Organisation genau dort, wo es naturgemäß am meisten "österreichisch" sein, nämlich unmittelbar auf die spezifischen, realen Bedingungen eben dieses Landes bezogen sein müßte, wenn es also genau dort am meisten anderswo abgeschrieben ist, dann ist sein Wert allein schon deshalb sehr fragwürdig.

Doch im vorliegenden Fall ist dieser eindeutige Mangel noch garnicht der ärgste. Noch weit gravierender ist die weitgehend fehlende Verbindung der hervorstechendsten Forderungen mit der Klassenrealität überhaupt. Hätte das Programm in seinen grundsätzlichen Kapiteln die verschiedenen Erscheinungen wirklich klassenmäßig analysiert und charakterisiert, so hätten darauf gestützt die entsprechenden demokratischen, ökonomischen usw. Forderungen einerseits und die sozialistischen Forderungen andererseits, also die Tagesforderungen und die weit darüber hinausreichenden Zukunftsaufgaben folgerichtig entwickelt und klar voneinander unterschieden werden können. Geschehen ist aber das Gegenteil: der ganze sich sehr "wissenschaftlich" und "revolutionär" gebende Programmentwurf enthält über den Klassencharakter etwa der Armee, der Justiz, der Schule usw., über die Klassenbedingtheit solcher Fragen wie der nationalen Minderheiten, der ausländischen Gastarbeiter usw. praktisch keinerlei Aussage, gibt dazu soviel wie nichts. Daher erscheinen die diversen Forderungen des Programmentwurfes in keinem organi-

schen Zusammenhang mit dem übrigen Text, wirken sie künstlich angeflickt und in der Luft hängend, springen sie aus dem Programm plötzlich heraus wie die Kaninchen aus dem Hut des Zauberers.

Die ganze Wahrheit ist indessen noch weit schlimmer. Das, was zunächst so unlogisch und unorganisch, zusammenhanglos und unverdaut erscheint, hat in Wirklichkeit doch seine Logik, nämlich die reformistische und revisionistische Logik. Gerade die scheinbar am weitesten gehenden, "radikalsten" Forderungen des KB-Programmentwurfes leben davon, daß die entsprechenden klassenmäßigen Analysen und Klarstellungen im übrigen Text fehlen! Denn hätte man ernsthaft und konsequent den Klassencharakter und die Klassenbedingtheit der einzelnen Phänomene wie Armee, Polizei, Justiz, Schule usw. im prinzipiellen Teil des Programms dargestellt, so hätten die am Schluß stehenden naiven "demokratischen Forderungen" wie etwa die nach Selbstauflösung aller bewaffneten Machtorgane des Staates, nach Wahl aller Richter, Lehrer, Offiziere sowie aller höherer Beamten durch das Volk, nach "Übergabe des gesamten Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung" udgl. doch höchstens unehrerbietiges Gelächter ausgelöst und die Verfasser als rettungslos dem Reformismus verfallene Utopisten bloßgestellt.

EINE FALSCHE LINIE IN DER FRAGE DER BUNDESGENOSSEN DES PROLETARIATS

Die Frage der Verbündeten des Proletariats ist bekanntlich eine für den Sieg der proletarischen Revolution ganz fundamentale Frage. Da sie in der Epoche des Imperialismus und insbesondere seit dem Beginn der proletarischen Weltrevolution aktueller geworden ist als je zuvor, ist sie eine der zentralen Fragen des Leninismus geworden, einer der großen Prüfsteine, an denen sich Marxismus-Leninismus und Revisionismus voneinander scheiden.

" Wer zur Machtergreifung schreitet und sich auf sie vorbereitet, der muß sich für die Frage interessieren, wer seine wirklichen Verbündeten sind ... Wer aber die Revolution fürchtet, wer nicht daran denkt, die Proletarier zur Macht zu führen, der kann sich auch nicht für die Frage nach den Verbündeten des Proletariats in der Revolution interessieren - für ihn ist die Frage nach den Verbündeten eine gleichgültige, nicht aktuelle Frage." (J. W. Stalin, Grundlagen des Leninismus, Peking 1969, S. 61/62)

Was sagt nun der Programmentwurf des "Kommunistischen Bundes" zu dieser entscheidenden, laut Stalin "lebenswichtigen" Frage? Man wird lange suchen, um schließlich feststellen zu müssen, daß die Bundesgenossenfrage auch im KB-Programm als eine mehr oder minder "gleichgültige, nicht aktuelle Frage" behandelt wird. Sie ist im Programmentwurf gerade noch erwähnt - und selbst das in der Form einer Möglichkeit, die allerdings keine Notwendigkeit sei. In der Überzeugung, durch einen Satz Lenins in einer Polemik gegen die "Volkstümler" um die Jahrhundertwende ausreichend gedeckt und sozusagen unangreifbar zu sein, stellen sie der Erwähnung der Bundesgenossenfrage den Satz voran:

" Die Arbeiterklasse ist imstande, ihren ökonomischen und politischen Kampf auch allein zu führen, selbst wenn ihr von keiner anderen Klasse geholfen werden sollte."

Das ist ein Musterbeispiel für den Versuch, Lenin gegen den Leninismus auszuspielen, indem man ein wenig manipuliert, den Zusammenhang verfälscht und alles durcheinander bringt. Lenin selbst hat diese Methode am Beispiel des Mannes ironisiert, der gehört hat, daß die Arbeitslosen Arbeit wollen und, als ihm ein Leichenzug begegnet, den Totenträgern zuruft: "Möget Ihr nur immerfort zu tragen haben!"

Man muß nicht eben ein Kenner des Leninismus sein, um zu wissen, welche überragende Bedeutung er der Bundesgenossenfrage beimißt und wie wesensfremd ihm die Auffassung ist, das Proletariat könne ohnedies alles allein machen, brauche

eigentlich garkeine Bundesgenossen, ihre Gewinnung sei daher eine ganz nebensächliche Frage, gewissermaßen ein Luxus, auf den man notfalls auch verzichten könne.

Die Geringschätzung und Verachtung der natürlichen Bundesgenossen des Proletariats ist seit langem ein typisches Kennzeichen aller möglichen Verfälscher und Feinde des Marxismus, insbesondere der Sozialdemokratie, der Trotzkisten und der Revisionisten. Hatte sich schon Marx ganz energisch gegen die hohle Phrase Lassalles gewandt, daß gegenüber der Arbeiterklasse alle anderen Klassen und Schichten "eine reaktionäre Masse" seien, so hob Lenin die Frage der Bundesgenossen des Proletariats auf das Niveau der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Weltrevolution, indem er zeigte, daß die Arbeiterklasse ohne Bundesgenossen, ohne Gewinnung der werktätigen Massen, insbesondere ohne die Masse der werktätigen Bauern, nicht siegen kann.

" Um zu siegen, braucht man aber die Sympathie der Massen. Nicht immer ist die absolute Mehrheit erforderlich; doch um zu siegen und die Macht zu behaupten, ist nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse erforderlich - ich gebrauche hier den Terminus 'Arbeiterklasse' in westeuropäischem Sinne, meine als das Industrieproletariat -, sondern auch die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Landbevölkerung. " (W.I. Lenin auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Rede zur Verteidigung der Taktik der KI, 1.Juli 1921, Werke, Band 32, Seiten 499/500)

In diametralem Gegensatz dazu steht der KB im Grunde noch auf dem Standpunkt der Lassalle-Phrase von der "einen reaktionären Masse". Das drückt sich schon darin aus, daß die Frage der Bundesgenossen des Proletariats im allgemeinen und die Bauernfrage im besonderen z.Bsp. in der KB-"Resolution zur Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung" nicht als Hauptfrage der politischen Linie betrachtet, ja überhaupt nicht als eine einigermaßen bedeutsame Frage erwähnt wird, über die Übereinstimmung erforderlich sei. Es wird aber ganz deutlich in den vom Zentralorgan des KB Wien schon seit langem vertretenen Auffassungen, daß allein die Arbeiterklasse revolutionär sei, die Bauern dagegen " keine revolutionäre Klasse" darstellten. In den "Erläuterungen zum Programmentwurf" wird diese Auffassung in der Form wiederholt, daß "die Arbeiterklasse die einzige revolutionäre Klasse" ist.

Mit dem Marxismus-Leninismus haben solche Auffassungen nichts zu tun, ungeachtet aller Akrobatik, mit welcher der KB sich dabei auf unsere Klassiker zu berufen sucht. Der Schwindel ist eben, daß Feststellungen, die für die vormonopolistische Phase des Kapitalismus bzw. in konkreten historischen Situationen in bestimmten Ländern zutrafen, in unzulässiger Verallgemeinerung und Verabsolutierung auch auf die imperialistische Periode und auf jede beliebige historische Situation übertragen werden.

Betrachten wir zum Beispiel die KB-These, daß "die Bauern keine revolutionäre Klasse" seien. Auf die heutige Situation in einem kapitalistisch entwickelten Land angewandt, ist sie doppelter Unsinn.

Erstens stimmt schon nicht, daß die Bauern in einem Land wie Österreich heute überhaupt eine Klasse bilden. Sowas zu behaupten, heißt von der kapitalistischen Entwicklung auf dem Lande im allgemeinen und von der Lage in den österreichischen Dörfern im besonderen keine blaße Ahnung zu haben.

Das Entscheidende dieser Lage ist nämlich, daß die kapitalistische Entwicklung das, was ursprünglich mit Recht als eine mehr oder weniger einheitliche Bauernklasse bezeichnet werden konnte, längst in ganz verschiedene, einander teilweise sogar diametral gegenüberstehende klassenmäßige Schichten zerrissen hat, daß auf dem Dorf unleugbare und zum Teil sogar besonders brutale kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse bestehen und dementsprechend auch ein unversöhnlicher Klassenkampf geführt wird.

Heute in einem Land wie Österreich von "den Bauern" im allgemeinen zu reden, ist ein demagogischer Trick, mit dem eben diese Ausbeutungsverhältnisse vertuscht werden und der daher nur den Großbauern, Großagrariern und Kapitalisten dient. Bauer ist längst nicht mehr Bauer, sondern es gibt eine ganze Skala streng zu unterscheidender klassenmäßiger Schichten, die an das Landproletariat und an das ländliche Halbpro-

letariat anschließen, nämlich Kleinbauern, untere Mittelbauern, obere Mittelbauern und schließlich die Großbauern, die ihrerseits wieder von den Großagrariern und Großgrundbesitzern unterschieden werden müssen, auch wenn sie selbst Ausbeuter sind.

Zweitens ist es ein Gipfel an Ignoranz, die sehr wesentlichen revolutionären Potenzen zu leugnen, die es vor allem bei den Kleinbauern, aber auch weit hinein in die Reihen der unteren Mittelbauern gibt, da sie gänzlich oder hauptsächlich Ausgebeutete sind - zum einen durch die Großbauern und Großagrarier, welche den meisten und besten Boden, die modernsten Maschinen und Einrichtungen haben und die auch alle bäuerlichen Institutionen, Genossenschaften, Raiffeisenkassen, Agrarfonds, Berufsvertretungen und Agrarbehörden beherrschen, und zum andern durch das Industrie- und Bankkapital, das durch Wucherpreise bei Geräten und Maschinen, bei Kunstdünger und Spritzmitteln, durch hohe Kreditzinsen usw. den Schweiß der arbeitenden Bauern in fette Dividenden verwandelt.

Alles das bedeutet, daß für ein enges Kampfbündnis des Proletariats mit den Massen der werktätigen Bauern die denkbar besten Voraussetzungen existieren, daß das Proletariat ein solches Kampfbündnis nicht nur herstellen kann, sondern es auch herstellen muß, weil die Revolution überhaupt nur siegen kann, wenn sich das Proletariat in jeder Phase seines Kampfes mit allen Kräften verbündet, mit denen in dieser Phase und für die Aufgaben, Forderungen und Ziele eben dieser Phase ein Bündnis überhaupt möglich ist.

Man braucht nur ein wenig an diesen Komplex für die Revolution höchst wichtiger Fragen und Probleme zu erinnern, um die erschreckende Borniertheit und Ignoranz zu erkennen, die sich hinter der ebenso demagogischen wie hochnäsigen Erklärung verbirgt, "die Bauern" seien "keine revolutionäre Klasse".

Vielleicht sollte man beim "Kommunistischen Bund" doch einmal ernstlich studieren und sich hinter die Ohren schreiben, was Genosse Enver Hoxha auf dem VI. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens zu diesem Problem gesagt hat:

" Die modernen Revisionisten suchen die große Bedeutung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu leugnen, unter dem Vorwand, daß die Bauernschaft heute keine besondere Rolle mehr spiele, namentlich nicht in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Sie rücken statt dessen das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz in den Vordergrund. In einigen anderen Ländern ersetzen die Revisionisten das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft durch das Bündnis der Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen Schichten der Stadt und ihrer nächsten Umgebung. Durch diese Theorien und Praktiken suchen sie die Arbeiterklasse von ihrem nächsten und im Kampf entschlossensten Bundesgenossen zu trennen. Die Leninsche These, daß nur das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft jene soziale Kraft ist, welche imstande ist, die Bourgeoisie zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen, gilt auch heute voll und ganz." (Enver Hoxha, Bericht über die Tätigkeit des ZK der PdAA, VI. Parteitag, Tirana 1972, Seite 237)

CHAUVINISTISCHE EINVERLEIBUNGSPOLITIK GEGENÜBER DEN NATIONALEN MINDERHEITEN

Der KB entfaltet in Österreich eine recht geschäftige Tätigkeit, um sich als konsequenter Verfechter der Interessen der hier lebenden und unter den verschiedensten Formen der Diskriminierung leidenden nationalen Minderheiten, insbesondere der Kärntner Slowenen, vorzustellen. In seinem Programmentwurf dagegen heißt es kurz und schlecht:

" Der Assimilationsprozeß der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit ist heute so weit fortgeschritten, daß diese zum Bestandteil der österreichischen Nation geworden sind."

Wohlgemerkt: Nicht "Bestandteil des österreichischen Volkes", nicht "österreichische Staatsbürger" odgl., sondern "Bestandteil der österreichischen Nation"! Mit anderen Worten heißt das, daß jenen,

die zwar als "Minderheiten" angesprochen werden, der Charakter als nationale Minderheit vollständig abgesprochen wird! Daß diese Minderheiten eine andere Sprache sprechen, das hat angeblich überhaupt nichts mit nationalen Besonderheiten zu tun, es ist sozusagen nur eine Laune der Natur. Ob diese Minderheiten, insbesondere die hier lebenden Slowenen und Kroaten, es nun wollen oder nicht, welche Sprache sie auch sprechen mögen, welche nationale Kultur, welche nationalen Traditionen und Besonderheiten sie auch haben - dem KB-Programm ist das wurst, es erklärt sie alle kurzerhand zum "Bestandteil der österreichischen Nation" und keiner anderen. Wozu eine solche "Definition" dient, die daher auch niemals das Wort "nationale Minderheiten" über die Lippen bringt, sondern stets nur von "Minderheiten" spricht, ist ganz klar:

Sie hat den Zweck, den in Österreich lebenden nationalen Minderheiten die Rechte von nationalen Minderheiten zu verweigern und abzusprechen sowie der Politik der rücksichtslosen Assimilierung und Einverleibung der nationalen Minderheiten alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Sie ist eine Offenbarung des kaltschnäuzigsten bürgerlichen Chauvinismus!

Schon früher hat der KB unter demagogischer Berufung auf den proletarischen Internationalismus der Politik der schleunigsten Assimilierung der nationalen Minderheiten Österreichs das Wort geredet, jetzt setzt er sie unverkennbar auch in sein Programm. Die ganze Beflissenheit, mit der er sich im Tageskampf scheinbar der Interessen der Minderheiten annimmt, entlarvt sich damit als Augenauswischerei.

Welche Rechte will der österreichische KB den in unserem Land lebenden nationalen Minderheiten laut seinem Programm überhaupt gewähren? Selbst dort, wo es praktisch kompakte Siedlungsgebiete von nationalen Minderheiten, etwa der Slowenen in Kärnten, gibt, will das KB-Programm sogar von der primitivsten Form nationaler Autonomie nichts wissen, sei sie auch nur im Maßstab einzelner Gemeinden. Buchstäblich alles, was der KB sich großmütig abzuringen bereit ist, sind "besondere Sprachrechte dieser Minderheiten" - sonst nichts. Das besagt, daß die Angehörigen dieser nationalen Minderheiten vor Ämtern und Behörden, Richtern und Polizisten ihre Muttersprache verwenden dürfen, was sie aber vor Benachteiligung und Diskriminierung natürlich keineswegs schützt, sondern dieser in der Regel sogar erst recht ausliefert. Derartiges oder die Gnade, daß im Siedlungsgebiet der nationalen Minderheiten bzw. im "gemischtsprachigen Gebiet" auf der deutschsprachigen Ortstafel in kleinen Buchstaben auch die slowenische Bezeichnung aufgedruckt ist, das ist soviel wie garnichts, ist nur eine lächerliche formale Geste, hinter der sich die tatsächliche, hundertfältige praktische Diskriminierung der Angehörigen der nationalen Minderheiten im täglichen Leben verbirgt. Warum sind denn die Kärntner Slowenen so energisch gegen die sogenannte "Minderheitenfeststellung" bzw. "Minderheitenzählung"? Gibt sie ihnen nicht das "Recht", sich öffentlich zu ihrer Muttersprache und zu ihrer nationalen Zugehörigkeit zu bekennen? Nein, die Sache ist eben nicht so einfach und das "Recht", sich zu seiner Muttersprache und nationalen Besonderheit zu bekennen, liefert die Betreffenden direkt der nationalen Diskriminierung aus! "Besondere Sprachenrechte" allein, ohne auch nur das geringste Recht auf nationale Autonomie und Selbstverwaltung, ist daher fast garnichts, dient nur der Verschleierung der tatsächlichen nationalen Diskriminierung. Den Minderheiten ihren Charakter als nationale Minderheiten abzusprechen und ihnen lediglich "besondere Sprachrechte" gewähren zu wollen, das ist wirklich nichts anderes als der mühsam kaschierte Chauvinismus der Angehörigen der "Herrennation".

Nebenbei: Wenn etwa die slowenische oder kroatische Minderheit in Österreich garkeine nationalen Minderheiten sind, sondern Bestandteil der österreichischen Nation, wozu bedarf es dann überhaupt "besonderer Sprachenrechte"? Wieso genügt dann nicht das selbstverständliche Recht jedes Österreichers, englisch, französisch oder in irgendeiner anderen Fremdsprache zu reden? Welche Vorstellung hat denn der "Kommunistische Bund" von einer Nation? Ist er mit der bekannten Stalinschen Definition nicht einverstanden, daß sie unter anderem eine "Gemeinschaft der Sprache" ist? Und welch geheimnisvolles Wesen ist dann eigentlich eine "Minderheit" ?

Der Aspekt, daß die Bewegung der nationalen Minderheiten für ihre demokratischen und nationalen Rechte ein sehr wichtiger Faktor der demokratischen Bewegung überhaupt und damit eine nicht zu unterschätzende Reserve für den Kampf des Proletariats gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung ist, dieser Aspekt der Sache interessiert den KB offenbar überhaupt nicht. Und wozu denn auch? Bei ihm kann die Arbeiterklasse, schon gar, wenn sie unter seiner Führung steht, ohnedies alles ganz allein vollbringen, braucht sie keine Bundesgenossen, besonders nicht solche, die so verdächtig sind wie die Bewegungen irgendwelcher "Tschutschen" und "Krowoten". Der "Kommunistische Bund" tritt, wie es in seinem Programmentwurf heißt, "jedem Versuch entgegen, unter dem Deckmantel der Verfolgung 'nationaler Interessen' die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes zu spalten oder dieser Spaltung Vorschub zu leisten". In einem Programm, das den nationalen Minderheiten ihren eigenen nationalen Charakter von vornherein abspricht und sie ohne langes Federlesen der österreichischen Nation einverleibt, kann sich eine solche Erklärung nur gegen den Kampf dieser Minderheiten um nationale Rechte und Freiheiten richten, ist das kein Ausdruck des Internationalismus, sondern des Chauvinismus der Herrennation und bedeutet gerade deshalb, die "Arbeiterklasse und das Volk zu spalten und dieser Spaltung Vorschub zu leisten".

BEHANDLUNG DER GASTARBEITER ALS "BEUTEGERMANEN"

In bezug auf die in Österreich lebenden "Ausländer" enthält das KB-Programm die ungemein radikal-demokratisch klingende Forderung nach ihrer "obligatorischen Einbürgerung nach 3 Monaten", wobei diese Frist in besonderen Fällen auf höchstens 6 Monate erstreckt werden könnte. In den "Erläuterungen" wird zu dieser Forderung erklärt:

> "Um der Spaltung der Arbeiterklasse einen Riegel vorzuschieben, verlangen wir die völlige rechtliche Gleichstellung der Ausländer. Sie kann nur gewährleistet werden, wenn sie als österreichische Staatsbürger behandelt werden." ("Kommunist", April 1976, S.59)

Sowohl im Programm selbst als auch in den "Erläuterungen" dazu fällt auf, daß das Verlangen nach obligatorischer Einbürgerung zwischen ausländischen Arbeitern und anderen Ausländern überhaupt nicht unterscheidet. Dem "Kommunistischen Bund" geht es also nicht bloß um die ausländischen Arbeiter, sondern um alle Ausländer schlechthin, ob sie nun Arbeiter oder Geschäftsleute, Manager oder Großkapitalisten sind. Nach seinem Wunsch müßte daher jeder westdeutsche, amerikanische oder andere Finanzmann, der sich für ein paar Monate in Österreich niederläßt, um hier seine Geschäfte zu machen, Betriebe aufzukaufen, Kapital anzulegen, Spekulationen zu betreiben usw., automatisch österreichischer Staatsbürger werden. Auch für alle Agenten und Spione, welche die westlichen Imperialisten einerseits und die Sozialimperialisten andererseits nach Österreich schicken, würde das gelten. Wahrhaft großzügig!

Leider würde die Sache aber auch dann nicht viel besser, wenn sich der KB entschließen könnte, diesen Programmpunkt auf die in Österreich lebenden ausländischen Arbeiter zu beschränken oder in seinem Programm lediglich aus Schlamperei Arbeiter und Kapitalisten verwechselt haben sollte.

Selbstverständlich müssen nicht nur die Marxisten-Leninisten, sondern überhaupt alle fortschrittlichen Menschen darauf bestehen und in engster Solidarität mit den in Österreich tätigen ausländischen Arbeitern dafür kämpfen, daß diese keinerlei wie immer gearteter Diskriminierung unterworfen werden, ungeschmälerte wirtschaftliche und soziale, demokratische und politische Rechte genießen, daß sie insbesondere arbeits- und sozialrechtlich in keiner Weise benachteiligt sind, daß sie keinerlei nationaler Unterdrückung ausgesetzt sind, daß sie vor Ämtern und Behörden nicht als Menschen zweiter Ordnung abgefertigt, im gesamten gesellschaftlichen Leben als gleichberechtigt respektiert werden usw. usf. Aber zu

all dem ist nicht erforderlich, sie "obligatorisch", also generell und automatisch, praktisch zwangsweise, zu österreichischen Staatsbürgern zu machen! Die Behauptung, daß die in Österreich tätigen ausländischen Arbeiter "nur" dann wirklich gleichberechtigt sein können, wenn sie die österreichische Staatsbürgerschaftsurkunde in der Tasche haben, ist völlig aus der Luft gegriffen, widerspiegelt nicht nur hoffnungsloses Bürokratendenken, sondern impliziert auch, daß jene, die diesen Wisch nicht besitzen, sozusagen selbstverständlich und notwendigerweise Menschen zweiter Klasse seien. Erst einmal müßt Ihr unsere österreichische Staatsbürgerschaft erwerben - so sagt das KB-Programm den ausländischen Arbeitern -, vorher und ohne sie kann von einer Gleichstellung keine Rede sein. Das aber heißt, diese ausländischen Arbeiter als "Beutegermanen" zu behandeln, sie de facto "eindeutschen" bzw. "einösterreichern" zu wollen.

Es drückt ein gerüttelt Maß an Chauvinismus aus, daß das KB-Programm als ganz selbstverständlich unterstellt, daß der Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft für die aus dem Ausland kommenden Arbeiter unter allen Umständen ein Vorteil sei, ebenso, wenn es unterstellt, daß diese Arbeiter in der Regel bei uns bleiben wollen - wohl weil sie es hier doch so gut haben. Alles das ist aber sicher nicht unbedingt der Fall. Die Erklärung zum österreichischen Staatsbürger schließt ja nicht nur gewisse Rechte mit ein, sondern auch sehr weitgehende Pflichten, sie bedeutet für den Betreffenden z.Bsp. auch Wehrpflicht in Österreich, setzt ihn der Gefahr aus, seine ursprüngliche Staatsbürgerschaft zu verlieren, nimmt ihm in diesem Fall auch gewisse Rechte und Möglichkeiten in seiner Heimat, liefert ihn in jeder Beziehung ganz dem hiesigen Staat, seinen Befehlen und Verfügungen aus, die u.a. auch das Verbot der Ausreise enthalten können und anderes mehr!

Keineswegs in allen Staaten sind doppelte Staatsbürgerschaften zulässig, sodaß es dazu kommen könnte, daß ein mit der österreichischen Staatsbürgerschaft beglückter ausländischer Revolutionär als "Ausländer" aus seinem eigentlichen Heimatland ausgewiesen werden könnte. Daß sich dann der österreichische Botschafter um ihn "kümmert", wäre nicht gerade eine erfreuliche Perspektive. Und was wird man überhaupt in den anderen Ländern sagen, wenn jeder ihrer Bürger, der für einige Zeit nach Österreich geht, hier nach 3 Monaten automatisch und obligatorisch als österreichischer Staatsbürger "einverleibt" wird? An alle diese Überlegungen haben die Verfasser des KB-Programms entweder keinen einzigen Gedanken verschwendet - oder sie taten es doch, was die Sache noch schlimmer machen würde.

Aber, so könnte eingewendet werden, geht es dem KB nicht darum, "der Spaltung der Arbeiterklasse einen Riegel vorzuschieben", wie in den "Erläuterungen" des Programms betont wird? Wir bestreiten auch die Stichhaltigkeit dieses Arguments und erblicken darin eine üble Manipulation. Diese besteht darin, daß die Tatsache der verschiedenen nationalen und staatlichen Zugehörigkeit der Arbeiter der einzelnen Länder als "Spaltung" klassifiziert und die staatsbürgerliche Einverleibung der ausländischen Arbeiter als Beitrag zur Herbeiführung der Arbeitereinheit ausgegeben wird. Damit wird der Chauvinismus zwar freundlich verpackt, aber der Inhalt nicht geändert.

> Die große Einheit der österreichischen und der ausländischen Arbeiter basiert darauf, daß sie alle Teile der internationalen Arbeiterklasse sind, sie setzt aber keineswegs die gemeinsame Staatsbürgerschaft voraus! Unter den heutigen Bedingungen sind die ausländischen Arbeiter in Österreich weder ein Teil des österreichischen Volkes oder der österreichischen Nation noch ein Teil der österreichischen Arbeiterklasse, sondern ein Teil der Arbeiterklasse ihrer Länder, ihrer Heimatländer, die sie gezwungenermaßen verlassen haben und in die sie in ihrer überwältigenden Mehrheit zurückkehren werden, um dort die Revolution zum Sieg zu führen!

Während die ausländischen Arbeiter und die österreichischen Arbeiter selbstverständlich eine Kampffront bilden müssen, wo immer sie heute arbeiten und leben - wobei die ausländischen Arbeiter der österreichischen Arbeiterschaft nicht selten ein Vorbild an Solidarität und Opferbereitschaft, an Bewußtheit und Kampfentschlossenheit geben - ist und bleibt die politisch hauptsächliche Auf-

gabe der ausländischen Arbeiter, eben als Teil der Arbeiterklasse ihrer Länder, dennoch die Unterstützung der Revolution in ihrer Heimat.

Deswegen ist - um ein konkretes Beispiel zu nennen - etwa der Platz der spanischen Arbeiter in Österreich auch nicht in der österreichischen Marxistisch-Leninistischen Partei, sondern in der PCE/ML, ebenso wie der Platz der revolutionären türkischen, jugoslawischen und anderen ausländischen Arbeiter in Österreich in ihren eigenen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen ist. Diese Form der Anerkennung und Respektierung der spezifischen, eigenen Aufgaben der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder sowie der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen beeinträchtigt nicht ihre engste internationalistische Zusammenarbeit, sondern erleichtert sie, fördert ihr gegenseitiges Vertrauen und trägt bedeutend zur allseitigen Festigung und Stärkung dieser Zusammenarbeit bei.

Die besonderen Aufgaben der Arbeiterklasse jedes einzelnen Landes achtend, wird eine wirklich marxistisch-leninistische Partei die Arbeiterklasse ihres Landes stets dazu erziehen, den Kampf der in ihrem Land lebenden und tätigen ausländischen Arbeiter, sowohl ihren Kampf gegen die verschiedenen Formen ihrer Diskriminierung im betreffenden Gastland, als auch ihren Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der Revolution in ihrem Heimatland, vorbehaltlos zu unterstützen. Nur auf diese Weise - und nicht mit der Politik der Einverleibung und Gleichschaltung - wird allen Versuchen, die österreichischen und die ausländischen Arbeiter gegeneinander auszuspielen, tatsächlich ein Riegel vorgeschoben werden können.

UNVERSTÄNDNIS DER ROLLE DER NATIONALEN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN UND DER DRITTEN WELT

Auch in bezug auf ein weiteres sehr wichtiges Problem muß der KB-Programmentwurf als chauvinistisch eingeschätzt werden. Er widerspricht auch der marxistisch-leninistischen Einschätzung der nationalen Befreiungsbewegungen der abhängigen Länder, des Problems der Dritten Welt im allgemeinen und des Verhältnisses zwischen ihr und den imperialistischen Ländern im besonderen.

Es beginnt schon damit, daß im Programm über das Verhältnis der imperialistischen Länder zu den Ländern der Dritten Welt lediglich gesagt wird:

"Gestützt auf die Ausbeutung des Proletariats im Inneren unterwerfen sich die imperialistischen Staaten die ökonomisch wenig entwickelten Nationen und dehnen die Ausbeutung und Ausplünderung auf sie aus."(Teil I, Punkt 13)

Wenn auch reichlich oberflächlich, scheint dieser Passus zunächst nicht unrichtig, enthält aber bereits eine ganze Menge revisionistischen Mist. W.L., der Haupterläuterer des Programmentwurfes, breitet ihn deutlicher aus, indem er diesen Programmabschnitt wie folgt kommentiert:

"Gegenüber allerhand kleinbürgerlichen Vorstellungen, daß heute die Dritte Welt sozusagen den Platz des Proletariats eingenommen hätte, stellen wir klar, daß die Grundlage für die Stärke jeder imperialistischen Bourgeoisie die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse ist, aus der die Masse des Mehrwerts herausgepreßt wird und die den Imperialisten die Mittel in die Hand gibt für den Kapitalexport und alle ihre ökonomischen und politischen Aktivitäten gegenüber den Ländern der Dritten Welt." ("Kommunist", April 1976, S.38)

Wieder haben wir hier ein charakteristisches Beispiel vor uns, wie man mit Halbwahrheiten beginnen kann, die mehr verstecken als entdecken, um schließlich bei der ganzen Lüge zu landen. In den beiden zitierten Stellen wird nämlich die besondere Situation, wie sie in der Zeit der Herausbildung des Imperialismus bestand, als der Export von Kapital sich tatsächlich unmittelbar und vor allem auf

die Ausbeutung des Proletariats im Inneren der imperialistischen Metropolen stützte, als allgemeingültig hingestellt und einfach auf den Imperialismus der heutigen Zeit ausgedehnt.

Damit fällt im Programmtext aber ganz unter den Tisch und wird in den "Erläuterungen" dazu sogar offen bestritten, daß heute die ungeheuren Profite, welche die Imperialisten aus den von ihnen abhängigen, von ihnen unterdrückten und ausgebeuteten Ländern herauspressen, bereits die dominierende Rolle spielen und auch die Hauptmasse dessen bilden, was von den Imperialisten zur weiteren und verstärkten Auspressung der Länder der Dritten Welt benützt wird.

Die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse bleibt zwar weiter die allgemeine Voraussetzung und die historische Grundlage, ist aber heute nicht mehr die am reichlichsten fließende Quelle der imperialistischen Macht. Mit der unerhörten Zunahme des Umfangs und der Intensität der Ausplünderung der kolonialen, halbkolonialen und in irgendeiner Form abhängigen Länder hat die ökonomische Rolle der Ausbeutung der Arbeiterklasse der Metropolen relativ abgenommen (was ihr absolutes Anwachsen natürlich nicht ausschließt!), während erstere absolut und relativ in den Vordergrund getreten ist.

Versteht man nicht, daß der Imperialismus heute seine fettesten Profite aus der direkten oder indirekten Ausbeutung anderer Länder und Völker zieht und nicht aus dem eigenen Land, dann kann man weder das Gewicht des Problems der Dritten Welt und die entscheidende Rolle der nationalen Befreiungsbewegungen der Völker wirklich begreifen, noch eine Reihe sehr wesentlicher Erscheinungen in den imperialistischen Ländern selbst.

Wenn auch heute die "Grundlage für die Stärke jeder imperialistischen Bourgeoisie die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse" ist - "Grundlage" hier offenbar im Sinne von "entscheidend" und "ausschlaggebend" -, wenn nach wie vor die "Masse des Mehrwerts" aus der eigenen Arbeiterklasse herausgepreßt wird, worin bestehen dann eigentlich die wesentlichsten Unterschiede zwischen imperialistischer und nichtimperialistischer Bourgeoisie? Und wie wäre es dann denkbar, daß heute die Völker Asiens, Afrikas, Lateinamerikas usw. dem Weltimperialismus die "entscheidenden und vernichtenden Schläge" versetzen können, wie Genosse Maotsetung betont?

Die Unterschätzung und Bagatellisierung des Ausmaßes der imperialistischen Ausbeutung anderer Länder in unserer Zeit, die Leugnung der gewaltigen Rolle dieser Ausbeutung für die Macht der Imperialisten und damit auch die Unterschätzung der entscheidenden Bedeutung des Kampfes gegen diese Ausbeutung führt genau zu den Positionen der sowjetischen Revisionisten, welche von der KP Chinas in ihrem "Vierten Kommentar" - "Die Verfechter des neuen Kolonialismus" - angeprangert und restlos widerlegt wurden. Da wir nicht annehmen, daß man beim KB dieses wichtige politische Dokument nicht kennt, kann man nur annehmen, daß er die dort vertretenen Standpunkte nicht akzeptiert.

Merkwürdig bekannt klingt übrigens die Polemik von W. L. gegen die "kleinbürgerlichen Vorstellungen, daß heute die Dritte Welt sozusagen den Platz des Proletariats eingenommen hätte". Hier ist zur Abwechslung einmal die KPÖ-"Volksstimme" abgeschrieben worden. Denn bis auf das I-Tüpfelchen ist das doch genau der demagogische Vorwurf, den die Chruschtschow-Breshnew-Revisionisten und ihre österreichischen Papageien bei jeder Gelegenheit der KP Chinas und allen Marxisten-Leninisten überhaupt machen, um die Tatsachen zu vernebeln und vom Wesentlichen abzulenken. Diese erzrevisionistische Polemik gegen angebliche Kleinbürgervorstellungen stellt die Rolle des Proletariats der Rolle der Dritten Welt in demagogischer Weise gegenüber, wobei sie Kategorien aus ganz verschiedenen Begriffsbereichen durcheinanderbringt und außerdem die Arbeiterklasse der imperialistischen Metropolen mit der internationalen Arbeiterklasse verwechselt. Die marxistisch-leninistische Auffassung in diesen Fragen ist aber ganz eindeutig, nämlich

a) Die Führung der Weltrevolution liegt beim internationalen Proletariat - und nicht beim Proletariat der imperialistischen Metropolen, wie das die Revisionisten darstellen und wie es ihnen W. L. im Grunde nachplappert.

b) Die Hauptkraft der Weltrevolu-

tion bilden heute die Völker der Dritten Welt, die insoferne (und nur insoferne) heute den Platz einnehmen, den die Arbeiterklasse der imperialistischen Metropolen vor dem Erwachen der nationalen Befreiungsbewegungen innehatte.

Der Brennpunkt der Weltrevolution liegt heute in den weiten Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, " in einem gewissen Sinn hängt die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution daher letztlich von den revolutionären Völkern in diesen Gebieten, der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung, ab." ("Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", Peking 1965, S. 226). Aber auch schon in seiner 1940 verfaßten Schrift "Über die Neue Demokratie" hat Genosse Maotsetung darauf hingewiesen, daß der Imperialismus sich heute garnicht mehr am Leben erhalten könnte ohne die verstärkte Ausplünderung der Kolonien und Halbkolonien. (Peking 1968, S. 12).

Wir haben vorhin festgestellt, daß man ohne volle Erfassung und Berücksichtigung der außergewöhnlichen Rolle der aus der direkten und indirekten imperialistischen Ausbeutung anderer Länder stammenden Profitmasse auch wichtige Erscheinungen in den imperialistischen Ländern selbst nicht verstehen kann. Wir meinen hier in erster Linie das Problem der Arbeiteraristokratie, womit wieder Erscheinungen wie das Umsichgreifen bürgerlicher, nationalistischer und chauvinistischer Tendenzen auch bei zahlenmäßig nicht unbeträchtlichen Teilen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen der imperialistischen Länder verbunden sind. Zu diesem Fragenkreis sagt das KB-Programm in Punkt 7 seines Teils III:

" Sie (die bürgerlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung, Anmkg.) werden in der Hauptsache getragen von einer schmalen Schicht von Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, die der Imperialismus hervorgebracht hat. Ihr Einfluß auf die Arbeitermassen entspringt der zeitweilig - im Vergleich zur Lage der unterdrückten Völker - relativ günstigen Lebenslage eines Teils der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder, durch die der ungeheuer gesteigerte Grad der Ausbeutung in den kurzen Perioden zeitweiliger Prosperität verdeckt wird."

Mit dieser Darstellung wird die Existenz und Entwicklung der Arbeiteraristokratie in den imperialistischen Ländern ebenfalls einfach als Produkt der Ausbeutungsverhältnisse in diesen Ländern selber hingestellt und total unterschlagen, daß die entscheidende Quelle zur Herausbildung, Heranzüchtung und Vermehrung dieser Schichte heute ebenfalls die imperialistische Ausplünderung anderer Länder ist, daß es vor allem die aus dieser Form der Ausbeutung fließenden ungeheuren Profite sind, mit deren Brosamen ein Teil der "eigenen" Arbeiterklasse und des "eigenen" Volkes korrumpiert, an der Ausplünderung anderer Völker mitinteressiert, mit imperialistischer Ideologie vergiftet wird. Schamhaft von der "relativ günstigen Lebenslage eines Teils der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder" zu reden, ohne sofort ausdrücklich klarzumachen, woher diese in erster Linie kommt; im Zusammenhang mit dem Phänomen der Arbeiteraristokratie vom "ungeheuer gesteigerten Grad der Ausbeutung" zu sprechen, ohne sogleich zu unterstreichen, daß dieser ungeheuer gesteigerte Ausbeutungsgrad vor allem die Völker der Dritten Welt trifft - das ist heute nicht nur vollkommen unzulänglich, es heißt nicht nur, sich mit Halbwahrheiten zufrieden zu geben, sondern bedeutet, die Hauptsache zu verhehlen, den Imperialismus zu beschönigen, die Rolle der Arbeiteraristokratie zu verharmlosen, die Rolle der Dritten Welt im allgemeinen zu bagatellisieren und im besonderen auch jene der nationalen Befreiungsbewegungen.

Es ist eben nicht wahr, daß "alle ökonomischen und politischen Aktivitäten" der Imperialisten durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse des eigenen Landes ermöglicht werden. Andernfalls brauchten wir uns ja nur für diese zu interessieren und bestünde keine so imperative Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse unseres Landes den Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit aller Kraft unterstützt, ganz besonders aber den Kampf jener Völker, die auch Opfer der ausbeuterischen und unterdrückerischen Aktivität unserer eigenen imperialistischen Bourgeoisie sind.

Die Unterspielung der Rolle und Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, deren Völker in der Hauptsache aus Bauern bestehen, ist eine wei-

tere Erscheinungsform der Überheblichkeit gegenüber den werktätigen Bauern und ein Ausdruck der falschen Linie in der Frage der Bundesgenossen des Proletariats überhaupt.

Es ist eine Widerspiegelung der Ideologie des intellektuellen Kleinbürgertums und der Arbeiteraristokratie in unserem Land, eines Chauvinismus, der dem Bundprogramm aus allen Poren quillt.

GROBE VERNACHLÄSSIGUNG DES KAMPFES UM DIE NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT ÖSTERREICHS

In dem Abschnitt des KB-Programms, der sich speziell mit Österreich beschäftigt und der schon umfangmäßig eine ziemlich untergeordnete Rolle spielt, heißt es:

> " Österreich ist ein imperialistisches Land und steht in der Reihe der Unterdrückernationen. Durch enge wirtschaftliche, politische und militärische Beziehungen ist es an die imperialistischen Länder des Westens gebunden. Selbständig und in deren Gefolge versucht die österreichische Monopolbourgeoisie ihre Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären zu erweitern.
>
> Bei gleichzeitiger Abhängigkeit von den westlichen imperialistischen Ländern nutzt die österreichische Bourgeoisie die Neutralität für die Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen. Sie wird sie jederzeit preiszugeben versuchen, wenn sie diesen Interessen im Wege steht.
>
> Die Kommunisten treten gegen jeden Anschluß Österreichs an ein imperialistisches Bündnis auf, gegen die Verstärkung der Abhängigkeit Österreichs von den imperialistischen Großmächten und gegen deren Versuche, Österreich ihrer wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Kontrolle zu unterwerfen, denn eine wachsende Abhängigkeit des Landes und Einschränkung seiner Souveränität verschlechtern die Bedingungen für die sozialistische Revolution."

Das ist auch schon alles, was dieses Programm zur Rolle und Stellung Österreichs in der Welt, zum Problem seiner nationalen und staatlichen Eigenständigkeit, zur Tatsache der wirtschaftlichen und militärischen, politischen und kulturellen Bedrohung und Gefährdung dieser Eigenständigkeit durch ausländische Imperialismen einerseits, zu ihrer schon erfolgten und weiter vor sich gehenden tatsächlichen Unterminierung und Einschränkung andererseits, also zum großen Komplex der Erfordernisse und Aufgaben des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit Österreichs zu sagen hat. Die aus der Existenz und dem Wiedererstarken des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus für unser Land resultierenden brennenden Probleme und Aufgaben bzw. die Fragen der aktuellen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen usw. Unterordnung Österreichs unter den westdeutschen Imperialismus werden ebenso negiert wie die Fragen der Bedrohung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Integrität unseres Landes durch die beiden Supermächte.

Es könnte scheinen, daß dieses geringe Interesse für die Fragen der nationalen Unabhängigkeit Österreichs in Widerspruch steht zu dem Chauvinismus, der an anderen Stellen des KB-Programms hervortritt. Doch hier gibt es keinen Widerspruch, sondern einen Zusammenhang:

Für den Chauvinismus in Österreich ist ja seit Generationen charakteristisch, daß er die nationalistische Überheblichkeit gegenüber den anderen, vor allem slawischen und romanischen Nationen mit der mehr oder weniger offen ausgedrückten Negierung der nationalen Eigenständigkeit der Österreicher verbindet, daß er kaum als österreichischnationaler, sondern vor allem als deutschnationaler Chauvinismus auftritt. Für ihn sind die Österreicher im Grunde ja doch Deutsche, sodaß die Notwendigkeit der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs gegenüber dem deutschen Imperialismus überhaupt nicht existiert und jeder, der sie betont, geradezu als "beschränkter Zwergstaatler", als schlechter Internationalist, wenn nicht gar als verkappter schwarzgelber Reaktionär erscheint.

Seine unrühmliche Ergänzung findet dieser eigenartig "verfremdete" Chauvinismus der österreichischen Bourgeoisie

in dem bekannten, frech auftrumpfenden westdeutschen Chauvinismus, demzufolge ein neuer "Anschluß" Österreichs an Deutschland wenn nicht heute, so doch morgen wieder auf der Tagesordnung stehen werde. Es ist deutscherseits der gleiche chauvinistische Appetit nach Einverleibung von "Beutegermanen", wie er österreichischerseits im KB-Programm zum Vorschein kommt, bloß daß er insoferne "höheres Niveau" hat, als er sich gleich auf ganze Nationen, Völker und Länder und nicht bloß auf Teile von ihnen richtet. Auch wenn es noch so "marxistisch-leninistisch" drapiert ist, bleibt beides doch unmittelbare Widerspiegelung der Ideologie imperialistischer Landräuber, die sich selber für das Herrenvolk, die anderen aber für "Unentwickelte" und "Zurückgebliebene" halten, die froh sein müßten, wenn man sie sich einverleibt.

Sicherlich ist es richtig, wenn das KB-Programm feststellt, daß Österreich einerseits ein imperialistisches Land mit dementsprechenden auswärtigen "Interessen", andererseits aber auch ein abhängiges Land ist. Doch leider ist auch das nur eine Teilwahrheit. Über das Verhältnis dieser beiden gleichzeitigen Aspekte im Charakter Österreichs wird nämlich überhaupt nichts gesagt. Während einerseits unterstrichen wird, daß Österreich "in der Reihe der Unterdrükkernationen steht", vermeidet das KB-Programm andererseits jede Äußerung darüber, wie weit es selbst unterdrückt und abhängig ist. Dadurch entsteht der Eindruck, daß Osterreich in erster Linie und vor allem eine Unterdrükkerrolle spielt, seine eigene Abhängigkeit dagegen aber nur ein untergeordnetes Faktum sei. Eben das ist jedoch falsch und es führt zwangsläufig zur Ignorierung der Bedeutung und der Erfordernisse des Kampfes für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit unseres Landes, zur sträflichen Bagatellisierung dieses ganzen Fragenkomplexes und zur Unfähigkeit, in diesem Kampf die richtige Linie zu erarbeiten.

Unserer Überzeugung nach muß ein wirklich marxistisch-leninistisches Programm für Österreich klar herausstellen, daß unser Land zwar zur Zweiten Welt gehört, zwar selbst imperialistisch ist, aber zum Unterschied etwa von Westdeutschland, Frankreich, England usw. in der Hauptsache ein abhängiges, selbst unterdrücktes Land darstellt, in dem daher der Kampf für die nationale Unabhängigkeit eine besondere Bedeutung hat. Es ist selbstverständlich, daß damit die imperialistischen Aktivitäten der österreichischen Bourgeoisie keineswegs verharmlost oder entschuldigt werden. Im Gegenteil, sie sind daher umso erbärmlicher. Die österreichischen Marxisten-Leninisten werden diese Aktivitäten immer wieder an Hand der konkreten Beispiele aufdecken, anprangern und kompromißlos bekämpfen. Aus diesen Aktivitäten aber das Hauptcharakteristikum der Stellung unseres Landes im System des Weltimperialismus abzuleiten, ohne die augenscheinliche Abhängigkeit unseres Landes von den größeren imperialistischen Räubern in Rechnung zu stellen, ist unzulässig und kann nur zu ganz falschen Schlußfolgerungen führen. Eine solche Darstellung hieße, einfach alle Länder der Zweiten Welt, unabhängig von ihrer konkreten Position im imperialistischen Weltsystem, unterschiedslos über einen Kamm zu scheren und von der Verschiedenheit und Kompliziertheit der Beziehungen zwischen ihnen garnichts zu begreifen. Nach dieser oberflächlichen Auffassung wäre der Kampf für nationale Unabhängigkeit für alle Länder der Zweiten Welt von gleicher, nämlich von gleich untergeordneter Bedeutung und würde es zum Beispiel die Möglichkeit eines nationalen Befreiungskrieges ausschließlich in Ländern der Dritten Welt geben, nicht aber in einem Land wie dem unseren.

Dagegen unterstreichen wir: Österreich ist zwar ein imperialistisches Land, zugleich und vor allem aber ein abhängiges Land, das wirtschaftlich insbesondere vom westdeutschen Imperialismus kontrolliert und immer weitgehender beherrscht wird, was entscheidende politische, aber z. Bsp. auch militärische Konsequenzen hat, während es in militärischer Hinsicht heute vor allem von den beiden Supermächten einer akuten Bedrohung ausgesetzt ist. Daraus folgt für uns nicht nur, daß dem Kampf für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs schon heute eine außerordentlich wichtige Rolle im Klassenkampf zukommt, sondern auch, daß für die Zukunft die Möglichkeit eines nationalen Befreiungskrieges besteht. Da

die österreichische Bourgeoisie imperialistisch, d.h. in jeder Beziehung reaktionär ist und jederzeit bereit, die Interessen der Nation zu verraten und zu verkaufen, weil es in unserem Lande die Schichte der "nationalen Bourgeoisie" überhaupt nicht gibt, könnte man in so einem Fall kein Bündnis mit dieser Bourgeoisie eingehen, könnte man den Kampf von vornherein nicht mit ihr, sondern nur gegen sie führen. Anders ausgedrückt: im Kampf um die nationale Unabhängigkeit Österreichs und erst recht in einem nationalen Befreiungskrieg kann nur die Arbeiterklasse die Führung haben und wird die österreichische Bourgeoisie an der Seite der Feinde und Zerstörer der nationalen Unabhängigkeit, an der Seite der Okkupanten stehen. So entstehen zwangsläufig Bedingungen, unter denen der Kampf für die nationale Befreiung direkt mit dem Kampf um die soziale Befreiung verschmilzt, der nationale Befreiungskrieg in die sozialistische Revolution hinüberwachsen kann.

Das KB-Programm ist in den wichtigsten dieser Fragen entweder merkwürdig wortkarg oder ganz offensichtlich anderer Meinung. Das geht so weit, daß sogar ein Bekenntnis zum Kampf gegen die "Verschacherung der nationalen Unabhängigkeit" Österreichs, das sich noch im ursprünglichen Programmentwurf befunden hatte, herausgestrichen wurde und in den späteren Versionen durch eine ganz allgemeine Formulierung ersetzt ist. Schon der Ausdruck "Kampf gegen die Verschacherung der nationalen Unabhängigkeit" Österreichs erscheint den KB-Verantwortlichen verdächtig, unpassend und unrichtig, weshalb er aus dem Programm entfernt wurde.

Daß sich das KB-Programm an einer Stelle immerhin gegen die "Verstärkung der Abhängigkeit Österreichs" wendet, ist unter solchen Umständen kein Trost. Denn erstens fällt schon auf, daß man zwar von "Abhängigkeit" redet, der positive Begriff "nationale Unabhängigkeit" aber im ganzen Programm nicht vorkommt. Zweitens und vor allem aber ist es reichlich platonisch, sich gegen die "Abhängigkeit" bzw. gegen die "wachsende Abhängigkeit" des Landes zu wenden ohne auch nur mit einem einzigen Wort zu sagen, welchen imperialistischen Mächten gegenüber diese Abhängigkeit konkret besteht, von welcher konkreten Seite die Unabhängigkeit unseres Landes systematisch unterminiert, von wo her sie in erster Linie bedroht wird. Nicht näher bezeichnete imperialistische Großmächte zu erwähnen, aber weder den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus beim Namen zu nennen, noch ein einziges Wort über den westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus über die Lippen zu bringen, ist soviel wie wertlos und macht auch alles andere zur leeren Phrase.

Das auffallende Desinteresse, ja die unverkennbare Mißachtung, die der "Kommunistische Bund" der nationalen Frage entgegenbringt, ist selbstverständlich nicht Folge etwa übergroßer Liebe zum proletarischen Internationalismus, sondern - wie schon angedeutet - eine der Formen des ideologischen und politischen Hinterdreinkriechens hinter der eigenen Bourgeoisie. Nationaler Nihilismus und Kosmopolitismus haben mit proletarischem Internationalismus ebensowenig zu tun wie bürgerlicher Chauvinismus mit dem revolutionären Patriotismus des Proletariats. Für den Chauvinismus, egal welcher Schattierung, ist kennzeichnend, daß er in der Vorstellungswelt der eigenen Bourgeoisie bleibt, in ihren Begriffen denkt und nach ihren Maßstäben mißt. Die revolutionäre proletarische Bewegung geht von einer ganz anderen Grundlage aus. Wenn das Proletariat eines imperialistischen Landes wie Österreich für nationale Unabhängigkeit kämpft und auf die Möglichkeit der Verschmelzung der sozialistischen Revolution mit den Formen und Momenten des nationalen Befreiungskrieges hinweist, so steht das in diametralem Gegensatz zum bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus, zumal die Marxisten-Leninisten nie versäumen werden, darauf hinzuweisen und unmißverständlich klarzumachen, daß man mit der imperialistischen österreichischen Bourgeoisie als Klasse nicht nur keinerlei Bündnis eingehen kann, sondern sie als den notorischen Todfeind sowohl der sozialen als auch der wohlverstandenen nationalen Interessen des österreichischen Proletariats unversöhnlich bekämpfen muß.

Es liegt heute im Interesse der österreichischen Bourgeoisie und entspricht ihrer

Politik des nationalen Verrats, Ausmaß und Auswirkungen der Aktivität des westdeutschen Imperialismus und der beiden Supermächte in Österreich zu bagatellisieren, die tatsächliche Einschränkung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs sowie ihre akute Bedrohung durch diese Mächte zu vertuschen. Das ergibt sich auch aus ihren außenpolitischen Absichten und Zielsetzungen:

> Die österreichische Bourgeoisie ist unter den heutigen Bedingungen nicht vorrangig bemüht, ihre imperialistische Rivalität mit "vaterländischen" Phrasen anzumelden, sondern nimmt gegenüber den großen imperialistischen Mächten, insbesondere gegenüber dem westdeutschen Imperialismus und den beiden Supermächten lieber eine unterwürfige Haltung ein, bietet sich ihnen als imperialistischer Juniorpartner und Lakai an, offeriert die staatliche Neutralität Österreichs allen Seiten als Hilfsmittel ihrer imperialistischen Machinationen und Verschwörungen, sucht ihre Extraprofite und Extrapfründen also vor allem als imperialistischer Zwischenhändler und Laufbursche einzuheimsen. Der Kampf gegen die österreichische Bourgeoisie im allgemeinen und gegen ihre tatsächlich nationalverräterische Rolle im besonderen bleibt eine Phrase, wenn nicht auch diese Seite ihrer Tätigkeit aufgedeckt wird und daraus die Konsequenzen für das Proletariat gezogen werden.

Im KB-Programm kommt von all dem kein Wort vor. Es gibt jedoch eine Stelle, aus der zumindest indirekt eine Einschätzung der äußeren Aktivitäten der österreichischen Bourgeoisie ersichtlich wird. Dort, wo das Verhalten der österreichischen Bourgeoisie bei der Vorbereitung und Durchführung eines imperialistischen Krieges beschrieben werden sollte, war der ursprüngliche Text des Programmentwurfes neu formuliert worden. Hieß es anfänglich, die österreichische Bourgeoisie werde "versuchen, an der Seite größerer imperialistischer Räuber in einen imperialistischen Krieg einzutreten, wenn dies ihren Interessen dient", so lautet die neue Version in bewußter Abschwächung, sie werde "nicht zögern", an einem imperialistischen Krieg "teilzunehmen", falls dies ihren Interessen entspricht. Der Unterschied scheint gering und man erkennt kaum, worum es bei der Korrektur ging. Doch die im "Rundschreiben der Programmkommission Nr. 4" von W. L. gegebene Begründung für die Änderung macht die Sache klarer. Die neue Formulierung, so heißt es dort,

> "...soll sagen, daß Österreich - solange es ein imperialistisches Land ist - nicht davor geschützt ist, in den Krieg hineingezogen zu werden. Der genannte (ursprüngliche, Anmkg.) Satz aus Punkt 4 hat die Sache dagegen insofern nicht richtig dargestellt, als - das geht aus der Stelle, wo es steht und aus der Formulierung 'in den Krieg eintreten' hervor - Österreich als aktive treibende Kraft des Krieges dargestellt wurde, was nicht der tatsächlichen Stärke der österreichischen Bourgeoisie entspricht." (S.5)

Auf der einen Seite die Darstellung Österreichs vor allem als Unterdrückernation, um den Kampf für die nationale Unabhängigkeit Österreichs als nebensächlich abtun zu können, und hier plötzlich eine regelrechte Verteidigung der österreichischen Bourgeoisie, die wegen ihrer Schwäche angeblich keine aktive Rolle bei der Kriegsvorbereitung spielen könne, ihre Verklärung zur naturgegeben nichtkriegerischen, friedlichen Kraft. Ein unversöhnlicher Widerspruch? Nein, wieder bloß zwei Seiten der selben Medaille, nur zwei verschiedene Erscheinungsformen des schon erwähnten Hinterdreinkriechens hinter der österreichischen Bourgeoisie, die einerseits nichts vom Kampf für nationale Unabhängigkeit wissen will, andererseits aber umso größeren Wortschwall aufwendet, um sich als internationaler "Makler des Friedens", als Advokat der Verständigung und Entspannung, als von der Natur prädestinierter Faktor der Erhaltung von Ruhe und Ordnung, Frieden und Sicherheit in der Welt auszuposaunen.

Ob die österreichische Bourgeoisie eine aktive und treibende Rolle bei der Vorbereitung eines imperialistischen Krieges spielen kann bzw. ob sie diese Rolle tatsächlich spielt, hängt indessen nicht einfach von ihrer momentanen Stärke ab, sondern von vielen Faktoren.

> Wenn sie sich vom Krieg besondere Möglichkeiten erhofft, ihre momentane Schwäche zu überwinden, ihre Stellung auf Kosten anderer stärken zu können, einer drohenden Niederlage im Klassenkampf zu entgehen bzw. diese hin-

auszuzögern, wenn ihr der Krieg als Ausweg aus irgendwelchen tiefergehenden inneren und äußeren Schwierigkeiten oder auch einfach nur als brauchbares Mittel zur Erzielung von Höchstprofiten erscheint, dann wird die imperialistische Bourgeoisie auch des kleinsten Landes bei seiner Vorbereitung, Auslösung und Durchführung eine durchaus aktive und treibende Rolle spielen - das sollte doch eigentlich jedermann verstehen, der auch nur eine Schrift Lenins über den Imperialismus gelesen hat.

Jede imperialistische Bourgeoisie, auch die des schwächsten und kleinsten Landes, wird unter solchen Umständen, ihren größeren oder kleineren Kräften gemäß, organischer Bestandteil der kriegstreiberischen Kräfte sein, und sogar, wenn sie es infolge spezifischer Interessen heute noch nicht ist, kann sie es morgen sein! Diese für jeden Schüler der Grundbegriffe des Marxismus-Leninismus ganz klaren Tatsachen und Zusammenhänge sind den Verfassern und Erläuterern des KB-Programms augenscheinlich uninteressant und fremd. Für sie ist ein kleineres imperialistisches Land zwangsläufig friedlich und nur von den Größten gehen überhaupt kriegstreiberische Tendenzen und Aktivitäten aus.

VERFASSUNGSENTWURF
DER
SOZIALISTISCHEN
VOLKSREPUBLIK ALBANIEN

Tirana 1976 46 Seiten ö.S. 5.-

Derartige Theorien zur Verharmlosung und Beschönigung des eigenen Imperialismus sind nicht neu. Man kann sie, wie die Erfahrung lehrt, auf immer höherer Stufenleiter anwenden, bis schließlich sogar auch die drittgrößte imperialistische Macht der Erde, der westdeutsche Imperialismus, weil noch nicht so groß und stark wie die beiden Supermächte, als holländischer Gartenzwerg erscheint, der wohl oder übel nicht-kriegstreiberisch und friedlich sei, da er im Moment noch nicht in der Lage ist, einen dritten Weltkrieg zu beginnen und durchzuführen. Der nächste und letzte Schritt ist es dann, die Begriffe "kleiner" und "größer" auch auf die beiden Supermächte anzuwenden, worauf sich endlich auch der USA-Imperialismus in eine Art von "Friedenskraft" verwandelt und man ihn bittet, seine Besatzungstruppen im Land zu belassen, damit Frieden und Sicherheit nicht in Gefahr kämen.

Betrachten wir schließlich die nun auch vom KB verwendete Phrase von der Gefahr, das eigene imperialistische Land könnte in einen Krieg "hineingezogen werden". Sie ist als sozialchauvinistisches Geschwätz reinsten Wassers zu trauriger Berühmtheit gelangt und hat offensichtlich den Zweck, die Schuld oder Mitschuld des eigenen imperialistischen Landes an einem Krieg von vornherein auszuschließen und zu bestreiten. Die KB-Darstellung, daß "Österreich - solange es ein imperialistisches Land ist, nicht davor geschützt ist, in den Krieg hineingezogen zu werden", ist in jeder Beziehung demagogisch und falsch. Sie ist schon deshalb falsch, weil bekanntlich auch ein sozialistisches Land, ungeachtet aller seiner Friedensbemühungen, in einen Krieg verwickelt werden kann. Der entscheidende Betrug liegt aber darin, daß eine solche Formulierung die österreichische Bourgeoisie für jetzt und alle Zukunft als armes unschuldiges Opfer anderer hinstellt, obwohl sie in jedem Fall als Teil des Weltimperialismus fungiert, an allen seinen Verbrechen direkt und indirekt teilhat und dafür Mitverantwortung trägt. Wurden und werden nicht vor unser aller Augen auch Truppen des so "kleinen und schwachen" Österreich der palästinensischen Revolution entgegengestellt?! Sind denn die Ambitionen und die dementsprechenden konkreten Aktivitäten der Kreisky-Regierung zu übersehen, um in allen Manövern, Projekten und Fischzügen des Weltimperialismus auch die eigenen Finger drinnenzuhaben und auf Kosten anderer auch für sich selber so viel als möglich herauszuschlagen? Gerade in einer solchen Situation der österreichischen Bourgeoisie ihre angeblich nicht-kriegstreiberische, friedliche Rolle pauschal zu bescheinigen und so zu tun, als könnte sie in einen kommenden Krieg nur gegen ihren Willen und gegen ihre Natur als unschuldiger Zwerg "hineingezogen" werden, ist wahrlich ein Spitzenprodukt sozialchauvinistischer Propaganda.

UNVERSTÄNDNIS DER FUNKTION EINES PROGRAMMS

Es wäre noch sehr viel, auch noch sehr viel wichtiges und wesentliches zum KB-Programm zu sagen. Aus Raummangel können wir es hier nicht mehr tun, werden es aber gegebenenfalls nachholen. Hier sei nur noch ein Wort zum Verständnis der Rolle und Aufgaben eines Programms bemerkt. Eine Reihe von wesentlichen Fehlern und Mängeln des Bund-Programms, die auffallende Unproportioniertheit seiner einzelnen Teile, die erstaunliche Langeweile, die es verbreitet und sein ganzer realitätsferner, merkwürdig verstaubter, antiquierter Charakter offenbart ein ganz falsches Verständnis von der eigentlichen Funktion eines Programms in der heutigen Situation. In dreierlei Hinsicht springt das besonders in die Augen:

1.) Lenin hat von einem Programm der Arbeiterklasse zunächst verlangt, daß es eine klare und scharfe Kriegserklärung an den eigenen und darüber hinaus an den Weltimperialismus sein muß. Wie wir gesehen haben, ist beim KB-Programm weder das eine noch das andere wirklich der Fall und konnte es garnicht der Fall sein, da sich seine Verfasser in einer Reihe fundamentaler Fragen nicht aus ihrer bürgerlichen Vorstellungswelt zu lösen vermochten.

2.) Das Programm muß einerseits zwar die grundlegenden Gesetze des Kapitalismus und Imperialismus sowie die daraus sich ergebenden allgemeinen Schlußfolgerungen für das Proletariat festhalten, es darf das andererseits jedoch " auf keinen Fall dazu führen, die Besonderheiten eines jeden Landes, die in den Besonderheiten unseres Programms vollen Ausdruck finden müssen, zu vergessen" (Lenin, Werke, Bd. 4, S. 229, siehe aber auch Bd. 6, S. 44 ff). Das ist nichts anderes als die grundlegende Forderung, die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die konkreten, besonderen Verhältnisse des eigenen Landes anzuwenden. Das KB-Programm entspricht auch dieser Forderung nicht, schon seinem Charakter als Abschreibearbeit mit ein paar "österreichischen" Abänderungen und Ergänzungen nach, aber auch nach seiner Zielsetzung überhaupt. Wenn Lenin verlangt, daß die Besonderheiten des betreffenden Landes vollen Ausdruck finden müssen, proklamiert W. L. in den "Allgemeinen Erläuterungen zum gesamten Programmentwurf" die genau entgegengesetzte Maxime: "Es handelt sich nicht darum, besondere und vorübergehende Tatsachen festzuhalten.." und fügt im folgenden noch großspurig hinzu:

> "Welche Änderungen der internationalen politischen Lage und der politischen Lage in Österreich auch immer eintreten, nichts kann die im Programm festgehaltenen Tatsachen aus der Welt schaffen." ("Kommunist", April 1976, S. 26)

Er erhebt damit nicht nur einen Anspruch, der angesichts des tatsächlich Gebotenen reichlich lächerlich wirkt, sondern bekundet auch damit ein ganz falsches Verständnis von den Aufgaben eines Programms, das natürlich nie "Ewigkeitswert" und "zeitlose Gültigkeit" haben kann, sondern ganz konkret einer gegebenen historischen Etappe entsprechen muß, wenn es überhaupt praktischen Wert haben soll.

3.) In den Leninschen Auffassungen von den Erfordernissen eines wirklich revolutionären Programms spielt schließlich die scharfe, unmißverständliche Abgrenzung von jenen Erscheinungsformen des Opportunismus, des Revisionismus, Reformismus, Nationalismus usw. eine entscheidende Rolle, die in der gegebenen Entwicklungsphase der revolutionären Bewegung die wichtigsten und gefährlichsten sind. Das heißt, daß sich ein revolutionäres österreichisches Programm von heute nicht mit den Problemen zu belasten braucht, die es im Kampf gegen Plechanow, Bucharin und andere damalige Verfälscher des Marxismus gab, sondern daß es den unversöhnlichen konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus im allgemeinen und gegen seine speziellen Erscheinungsformen in Österreich in den Mittelpunkt stellen muß. Statt das zu leisten, grenzt sich das KB-Programm nicht nur nicht allseitig und eindeutig vom modernen Revisionismus ab, sondern steht es in sehr wesentlichen Beziehungen sogar selbst auf Positionen, die sich bei genauerer Analyse als Spielarten revisio-

nistischer Auffassungen erweisen.

Zusammenfassend muß man somit sagen, daß das vorliegende KB-Programm kein marxistisch-leninistisches Programm darstellt und eine Organisation, die sich auf den Boden eines solchen Programms stellt, ebenfalls schwerlich als marxistisch-leninistisch betrachtet werden kann. In einzelnen Fragen bedeutet das nunmehrige KB-Programm sogar einen Rückschritt gegenüber den Standpunkten, welche einige KBs und KGs bisher in ihren Publikationen und in ihrer konkreten Praxis eingenommen haben. Insoferne hat auch die Vereinigung der österreichischen KBs und KGs zu einer "gesamtnationalen Organisation" mit einem solchen Programm als Grundlage den Charakter eines Schrittes zurück.

Wir wollen unsere offene und scharfe, in ihren Absichten zugleich freundschaftliche, helfen wollende Kritik des KB-Programms mit diesen negativen Feststellungen jedoch nicht abschließen. Trotz der hohen Bedeutung, die einem Programm selbstverständlich zukommt, trotz der maßgeblichen Rolle, die es spielt, falls es einigermaßen ernst genommen wird, werden wir den "KB Österreichs" dennoch nicht nur nach diesem unbrauchbaren Programm beurteilen, sondern nach der Gesamtheit seiner Eigenschaften und Tätigkeiten, so widerspruchsvoll sie im einzelnen auch sein mögen.

Ganz besonders aber wird man den "Kommunistischen Bund Österreichs" danach beurteilen müssen, wie weit er bereit und fähig ist, sich seinem eigenen Programm gegenüber kritisch zu verhalten, es als fehlerhaft und unbrauchbar zu verwerfen und es nach entsprechender gründlicher Vorarbeit durch ein wirklich marxistisch-leninistisches Programm zu ersetzen.

Die wichtigste Lehre, die wir aus dem Verrat der modernen Revisionisten gezogen haben, besagt, daß man in bezug auf die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und die Hauptfragen der marxistisch-leninistischen Linie auch nicht die kleinsten Zugeständnisse machen, sich ihrer opportunistischen und revisionistischen Verwässerung und Verfälschung gegenüber unversöhnlich verhalten muß. Andernfalls wird man unweigerlich im Sumpf landen, mag man sich auch hundertmal "antirevisionistisch", "kommunistisch" oder "marxistisch-leninistisch" nennen und mag man auch noch so viel revolutionär scheinende Geschäftigkeit entfalten.

Ausgewählte Sendungen von RADIOTIRANA

HERAUSGEGEBEN VOM MARXISTISCH-LENINISTISCHEN STUDIENKREIS, WIEN

(16) DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE SIND DIE HAUPTFEINDE DER FREIHEIT UND DES FRIEDENS DER VÖLKER

1. Ausgabe 1976   44 Seiten   ö.S. 5,- (DM 0,70)

(17) NEUE PHÄNOMENE DER KAPITALISTISCHEN GESELLSCHAFT ÄNDERN NICHTS AN IHREM WESEN

2. Ausgabe 1976   36 Seiten   ö.S. 5,- (DM 0,70)

ZU BEZIEHEN DURCH:

Zentraler Literaturdienst   1151 WIEN   Postfach 82

Walter Hofmann   6 FRANKFURT/M   Homburger Landstr. 52

E.H. Karge   1 WESTBERLIN 21   Spenerstrasse 28

Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ). Herausgeber und Verleger: Franz Strobl.
Für Inhalt und Druck verantwortlich: Peter Tesinsky. Alle: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64 (92-33-88)